

Offene Fragen der Geschichte Band 4

Chronik von 1900 bis 1933

Kampf um die Weltherrschaft,
Erster Weltkrieg,
Versailler Friedensverhandlungen,
Gründung der Weimarer Republik,
Gründung der UdSSR,
Faschismus,
Nationalismus und Diktaturen,
Weltwirtschaftskrise,
Hitlers Machtübernahme,
NS-Terrorismus ...

Band 4/018

Chronik vom 26. Oktober 1929 bis Dezember 1930

26.10.1929

USA: Ein Zeitzeuge berichtet am 26. Oktober 1929 aus New York (x191/49-50): >>In den Büros der Börsenmakler löste eine aufregende Szene die andere ab. Zahlreiche Personen, besonders weibliche Spekulanten, fielen in Ohnmacht, als sie erfuhren, daß sie ihr Kapital verloren hatten. Verzweiflungs- und Wutausbrüche waren an der Tagesordnung.

Auch im Inseratenteil der Zeitungen machte sich bereits der Börsenzusammenbruch bemerkbar. Zahlreiche Luxusautomobile der teuersten ausländischen Marken und wertvoller Schmuck werden zum Verkauf angeboten von Leuten, die noch gestern Millionäre waren.

Die Pfandleiher in ganz New York machten so gute Geschäfte wie noch nie zuvor. ...<<

30.10.1929

Deutsches Reich: Ungeachtet der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise werben die deutschen Sparkassen und Banken am Weltspartag 1929 wie immer um ihre Sparer (x034/430):

>>Sparen das Gebot der Stunde.<<

Oktober 1929

Deutsches Reich: Der deutsche Reichsinnenminister berichtet über politische Straftaten im Oktober 1929 (x058/332): >>... In einer öffentlichen Versammlung im Münchener Bürgerbräukeller im Oktober führte der Nationalsozialist Julius Streicher aus: "Man darf sich nicht über den frühen Tod Stresemanns wundern, denn bei einem so guten Leben, wie es Stresemann geführt hat, kommt der Tod immer früh.

Die Kopfbildung Stresemanns ist der Schlüssel zu seinem Handeln. Das Mongolengesicht hat die Verschlagenheit offen kundgetan, er wird jetzt als großer Europäer bezeichnet, aber das ist gleichbedeutend mit Verräter und Werkzeug der Juden. Der Jude ist seit urdenklichen Zeiten geborener Verbrecher.

Wer in der Republik den Nachweis erbringt, daß er ein Gauner ist, der kann Minister werden, vielleicht später, wenn einmal der Präsidentenstuhl frei ist, auch Reichspräsident. Erzberger und Rathenau sind nicht ermordet, sondern getötet worden. Die Täter sind keine Mörder, sondern ganze Kerle." ...

Die Folge solcher beschimpfenden, verhetzenden Äußerungen, der Steigerung nicht mehr mit Mitteln der Sprache, sondern nur noch mit denen der Gewalt möglich ist, ist eine Aufwühlung

der politischen Leidenschaften, die dann letzten Endes in der Begehung von Gewalttätigkeiten ihre Entladung findet. ...<<

02.11.1929

Deutsches Reich: Da das Volksbegehren gegen den Young-Plan bis zum 2. November 1929 die erforderliche Anzahl der Eintragungen erhält (notwendig sind 10 % von 41.278.897 Wahlberechtigten), muß der vorgeschlagene "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" durch den Reichstag geprüft werden.

29.11.1929

Deutsches Reich: Der Reichstag verhandelt am 29. November 1929 erstmalig über den "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes". Reichsaußenminister Julius Curtius (1877-1948), der sich für die Annahme des Young-Plans einsetzt, bezeichnet den Gesetzentwurf als "innenpolitisches Machtkampfmittel" der rechtsradikalen Parteien.

30.11.1929

Deutsches Reich: Der Reichstag lehnt am 30. November 1929 im Verlauf der 2. Lesung den "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" nach einer Abstimmung ab.

02.12.1929

Deutsches Reich: Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie lehnt am 2. Dezember 1929 in einer Denkschrift die von den Gewerkschaften geforderte Demokratisierung der Wirtschaft ab (x149/58-59): >>Die Wirtschaftsdemokratie, wie sie von sozialistischer Seite angestrebt wird, lähmt die Initiative und tötet die Verantwortungsfreudigkeit, ohne die kein Fortschritt möglich ist. ...

Die deutsche Wirtschaft muß frei gemacht werden. Sie muß verschont bleiben von Experimenten und politischen Einflüssen, die von außen her in den Wirtschaftsprozeß hineingetragen werden. ...<<

12.12.1929

Deutsches Reich: Während der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12. Dezember meint ein Unternehmer 1929 (x149/66): >>... In Deutschland wird nicht eher Wirtschaftsfriede sein, als bis daß 100.000 Parteifunktionäre außer Landes gewiesen sind! (Zurufe: "Bravo!" Und "Mussolini!") ...<<

1929

Deutsches Reich: Seit Ende 1929 herrschen im Deutschen Reich fast überall bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Straßen entwickeln sich zum politischen Schlachtfeld für die Kampfverbände der radikalen Gruppierungen ("SA-Sturmabteilungen" = NSDAP, "Rotfrontkämpferbund" = KPD, "Stahlhelm" = DNVP und andere). Vor allem die Schlägertruppen der SA und der Rotfrontkämpferbund liefern sich vielerorts mörderische Straßen- und Saalschlachten, bei denen es nicht selten Tote gibt.

Reichsinnenminister Carl Severing berichtet im Herbst 1929 über den zunehmenden Straßenterror und die landesweite Rechtsunsicherheit (x092/837, x058/333): >>Seit der Nichterneuerung des Republikschutzgesetzes vergeht kaum ein Tag an dem nicht irgendwo in Deutschland, zumeist an mehreren Stellen, auf politisch Andersdenkende geschossen, eingeschlagen oder eingestochen wird.

Der Zustand staatsbürgerlicher Sicherheit hat einen beklagenswerten Zustand erreicht und sinkt täglich mehr. Die Ursache dieser betrübenden Erscheinungen ist die hemmungslose Verhetzung durch Wort und Schrift, die von den Gegnern der Republik auf der äußersten Rechten und äußersten Linken getrieben wird. ...<<

>>... Dieser ... Zustand politischer Verwilderung kann im Interesse der Staatsautorität, des Ansehens Deutschlands in der Welt, der Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers wie der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung gesunder Grundlagen des Staats- und Gesellschaftslebens nicht länger geduldet werden.<<

US-Banken fördern spätestens seit 1929 Hitlers Machtübernahme



Abb. 61 (x905/...): Wall Street, Straße in New York City.

Agenten des preußischen Innenministers Severing berichten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken (z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co.) und nordamerikanische Großindustrielle (Royal Dutch, Standard Oil, Rockefeller jun. und andere) finanziert werden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219-226): >>Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist.

Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat (die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche Heeresverwaltung).

Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?

So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.

Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zutreffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.

"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert; und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".

Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O.M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".

Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege (mit), einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld.

Die etablierte Geschichtsschreibung, die mitunter so überheblich wie unlauter auf Objektivität insistiert, vernachlässigt noch immer gerade die wirtschaftlichen Komponenten im globalen Beziehungsgeflecht, die ökonomischen Faktoren als bestimmende Antriebskräfte, und spart die Manipulationen des multinationalen Geldgesindels gewöhnlich gänzlich aus. Sie dient meist mehr der Verschleierung geschichtsentscheidender Züge als deren Aufdeckung, dient mehr den herrschenden Strömungen und Potentaten als der echten Kritik.

Man denke doch nur an die deutsche Geschichtswissenschaft dieses Jahrhunderts! ...

Hitlers inländische Unterstützungen reichten in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bei weitem nicht aus, auch nicht die Gelder, die für ihn der Bankier und spätere Parteigenosse SS-Brigadeführer Freiherr von Schröder und die Ruhrindustrie natürlich zu ihren Gunsten mobilisierten.

Auch ein weiterer Großkapitalist wurde zur Rettung Deutschlands aktiv. 1929 appellierte Alfred Hugenberg in einem Rundschreiben an 3.000 US-Millionäre, das drohende Chaos in Deutschland abzuwenden. Bis 1918 Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, dann eigener Konzernchef, eine Art Axel Springer der Weimarer Republik, kooperierte Hugenberg zeitweise eng mit Hitler, wurde 1933 Reichswirtschafts- und -ernährungsminister und blieb, bald zurückgetreten, bis 1945 Mitglied des Reichstags.

In seinem Brief an die US-Millionäre beschwor der Konzernherr bereits die Gefahr eines Krieges mit der Sowjetunion und machte klar, offenbar eigentliches Ziel der Agitation, daß man Geld brauchte für eine Partei, die wieder aufrüstete. Er schloß seinen Appell: "Unsere Sache ist die Ihre".

Hugenbergs Aufruf verhallte jenseits des Atlantik nicht ungehört. Es war das Jahr der herauf-

ziehenden großen Wirtschaftspanik, die US-Stahlkonzerne lagen darnieder. Wie hätte da nicht das mit einer deutschen Aufrüstung verbundene Geschäft verlocken sollen! Zwar hatte die Weimarer Republik die Remilitarisierung bereits eingeleitet, doch im großen Stil konnte man dies wohl erst von dem Heil- und Siegbringer aus Braunau erhoffen.

Daß Hitler die Mittel für seine äußerst intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren weder aus den Beiträgen seiner Genossen noch von den Geldern der deutschen Industrie bestreiten konnte, hatten aufmerksame Beobachter bemerkt. Diese Finanzquellen waren nach Feststellungen der Preußischen Polizei im Sommer 1930 stark zurückgegangen. Doch gab es neben der Parteikasse noch einen Geheimfonds, und amtliche Stellen Berlins hatten auch Hitlers Finanzierung durch ausländische Geldgeber längst registriert.

Daß der deutsche "Führer" käuflich war, ist früh bekannt gewesen. Schon ein Prozeß im Sommer 1923 wegen der NSDAP-Finanzierung hatte ergeben, daß der Partei dreimal große Geldbeträge aus dem Saargebiet über die Deutsche Bank zugegangen waren. Nach Überzeugung des Gerichts stammten sie von amerikanischer Seite, dem Großindustriellen Henry Ford, der lebhaft eine deutsche Aufrüstung wünschte.

Agenten des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing (zwischen 1928 und 1930 Reichsinnenminister) hatten seit 1929 aber auch Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon beobachtet, Verhandlungen, die dort bis 1933 stattfanden. (Das Resultat dieser Untersuchungen gelangte später ins "Abegg-Archiv" in Zürich, wo es allerdings nicht mehr ist.)

Severing beauftragte Ende 1931 seinen Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachforschungen über Hitlers Vorleben und seine ausländischen Finanzquellen. Dabei ergab sich, das Geld für die aufwendige Nazipropaganda stammte "nur aus dem Ausland, insbesondere aus den USA". - Übrigens hatte Hitler auch einen großen Teil der Waffen für SA und SS nicht von der Reichswehr, sondern vom Ausland erhalten.

An den Konferenzen im Hotel Adlon waren beteiligt: "Bankier Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz. Auf deutscher Seite haben an den Verhandlungen teilgenommen Hitler, Göring, Georg Strasser, von Heydt, ein Berliner Rechtsanwalt L. ..."

Was aber bestimmte Warburg, den Treuhänder von Kuhn, Loeb & Co., von demselben Bankhaus also, das 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatte, nun Hitler zu finanzieren, und zwar mit der beträchtlichen Summe von 32 Millionen Dollar, 128 Millionen Reichsmark (60, 40 und 28 Millionen), die getarnt über verschiedene Banken, die Banca d'Italia, Rom, die Bank Mendelson & Co., Amsterdam u.a., in Hitlers Hand gelangten?

Nicht nur darüber hinterließ Unterhändler Warburg selbst Aufzeichnungen. Daraus ergibt sich, daß die US-Hochfinanz 1929 an ausländische Regierungen und Private Forderungen von etwa 85 Milliarden Dollar hatte, und daß sie, wie die US-Regierungen, den Frankreich zu sehr begünstigenden Versailler Vertrag mißbilligte.

Frankreich nämlich bestand auf Reparationen in Gold, nicht in Natura, und alle Deutschland-Kredite der USA seien über die Reparationen Frankreich zugute gekommen. Nur wenn es keine Reparationen mehr erhalte, könnten sich Deutschland und auch die USA wieder erholen. Zudem fürchteten die Amerikaner die seit dem Rapallo-Vertrag, dieser antiwestlichen Demonstration, sich entwickelnde Ost-Orientierung Deutschlands, dessen politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, ja, sie befürchteten einen bolschewistischen Umsturz im Land. Und während Frankreich aus Sicherheitsgründen ein schwaches Deutschland wünschte, wollten die USA ein starkes - wie nach 1945 wieder!

Bei Beratungen der Präsidenten der "Federal Reserve" Banken, des eigentlichen Finanzzentrums der Wallstreet, der fünf unabhängigen Banken, Vertreter der Royal Dutch, der Standard Oil, Rockefeller jun. u.a. im Sommer 1929 wurde Warburg schließlich gebeten zu prüfen, ob

Hitler für amerikanisches Geld zugänglich sei. Als Gegenleistung hätte dieser gegenüber Frankreich eine aggressive Außenpolitik einzuleiten, sollte aber "in die wirklichen Motive der amerikanischen Unterstützung nicht eingeweiht werden".

Hitler seinerseits habe bei den Verhandlungen in Berlin betont, "daß er mit den Arbeitslosen alles machen könne, wenn er ihnen nur Uniformen und Verpflegung gebe ... Auf diese Weise werde er Frankreich schon klein bekommen ... Alles hinge vom Geld ab ... Die USA-Hochfinanz habe doch sicher ein Interesse daran, daß er, Hitler, an die Macht komme, denn sonst hätte sie ihm nicht bereits 10 Millionen Dollar übergeben ... Wenn er von der USA-Hochfinanz 500 Millionen Mark erhalte, sei er in sechs Monaten fertig."

Hitler habe auch die Kommunisten als erledigt bezeichnet und erklärt, er werde nun die Sozialdemokraten ausschalten, durch Wahlen oder mit Gewalt. Eventuell komme noch eine Verhaftung von Hindenburg, Schleicher, Papen, Brüning in Betracht, aber alles koste Geld, und das bisher aus den USA erhaltene sei verbraucht.

Kurz vor Hitlers überraschendem Wahlsieg 1930, errungen mit einem für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Propaganda-Aufwand, war das große Geld aus dem Ausland gekommen und floß weiter bis zu seiner Machtübernahme 1933. Die Summe von Kuhn, Loeb & Co., die ihm zwischen 1929 und 1933 den Weg zur Macht ebnete, war zwar sehr stattlich, doch nicht überdimensional, spielte aber die Rolle des "Züngleins an der Waage".

Die Wallstreet-Bankiers hatten gut kalkuliert, nicht mehr gegeben als nötig, doch genau so viel. Sind sie ja wohl einem Mann wie Hitler, der das ihm wirklich Zugesagte kaum ahnen konnte, geistig weit überlegen gewesen, jedenfalls mehr als charakterlich.

Informiert über die Recherchen Abeggs waren zunächst Reichskanzler Brüning und General von Schleicher, seit 1929 Chef des neu errichteten Ministeramts im Reichswehrministerium und am 2. Dezember 1932 selber Reichskanzler.

Als sich Abegg dann im Frühjahr 1933 in die Schweiz absetzte, beschlagnahmte die SS bei einer Durchsuchung seiner Wohnung das Dossier Hitler. Das Duplikat sollte sie ein Jahr später bei einer Durchsuchung des Hauses von General Schleicher sicherstellen; der General, ein intimer Kenner von Hitlers Auslandsfinanzierung, und seine Frau wurden bei dieser Gelegenheit im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet.

Ebenfalls beseitigte man seinerzeit einen weiteren Mitwisser von Hitlers geheimen Geldquellen, Georg Strasser, der innerhalb der NSDAP antikapitalistische Ideen vertrat und als Führer der sozialistischen Opposition galt. Hitler hatte ihn gleichwohl 1925 zum Reichsorganisationsleiter der Partei ernannt, deren Finanzierung sowohl Strasser wie Schleicher genau bekannt war.

Selbstverständlich standen die Hitler so verhängnisvoll fördernden ausländischen Geldgeber nicht vor dem Nürnberger Tribunal. Selbstverständlich wurden die Dokumente des Abegg-Archives beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nicht zugelassen. Das heikle Thema der Hitler-Unterstützung durch die großen Finanzmächte der USA durfte unter keinen Umständen auch nur erwähnt werden. Als es der zunächst länger mit Hitler kooperierende Bankier und Politiker Hjalmar Schacht, bis 1937 Reichswirtschaftsminister, bis 1939 Reichsbankpräsident, zur Sprache bringen wollte, wurde er rasch zum Schweigen gebracht.

"Als Schacht", meldete die "Neue Zürcher Zeitung" am 2. Mai 1946, "wiederum auf die Haltung ausländischer Mächte gegenüber der Nazi-Regierung und auf die Hilfe, die sie ihr ange-deihen ließen, zu sprechen kam, entschied der Gerichtshof, daß diese Dinge mit der Sache nichts zu tun hätten und daher unzulässig seien ..."

Es ist auffallend, daß damals die Sowjetunion nicht auf Offenlegung des Sachverhalts bestand.

Sollte dies wirklich darauf zurückzuführen sein, daß Hitlers Förderung durch die westliche Hochfinanz "auch im Interesse des neozaristischen Staatskapitalismus", das "kommunistische"

Moskau nur "ein Zweigbetrieb der Wallstreet" gewesen sei, der Weltöffentlichkeit bloß durch permanente ideologische Scheingefechte verschleiert?

Hitlers Bezahlung durch das Bankhaus Warburg und das amerikanische Großkapital thematisierte auch das 1933 von Van Holkema & Warendorf, Amsterdam, unter dem Namen von Sidney Warburg verlegte Buch "De Geldbronnen van het Nationaal-Socialisme. Drie gespreken met Hitler door Sidney Warburg".

Doch wurde das Buch kurz nach der Publikation vom Verlag aus dem Handel gezogen bzw. zurückgekauft, und zwar durch einen Amsterdamer Rechtsanwalt, offensichtlich im Auftrag der Warburgfamilie, ohne daß man natürlich alle Exemplare wieder bekommen konnte. (Zwei Bände gelangten in die Hände des österreichischen Gesandten von Alexis in Den Haag.)

Gegen die baden-württembergische Deutsche Gemeinschaft, die 1950 beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler-Wahlen von 1930 bis 1933 veröffentlicht hatte, wurde prozessiert. Diesen Prozeß, doch eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber zu einer Zeit, da die Remilitarisierung Deutschlands schon eingeleitet war.

Nun gab es aber weitere amerikanische Banken, die Hitler finanzierten, sogar noch viel höher, obwohl auch darüber fast nichts durchgesickert ist. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Hitlers finanzielle Unterstützung durch US-Banken (x364/136-148): >>... **Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges**

Im Herbst 1929 war es an der Zeit, daß die internationalen Banker auf den Knopf drücken sollten, mit dem die Maschinerie in Bewegung gesetzt wurde, die zum Zweiten Weltkrieg führte. Nachdem sie selbst, ihre Agenten und Freunde auf der Welle eines künstlich aufgeblasenen Aktienbooms ausverkauft hatten, zogen die internationalen Banker dem ganzen System den Boden unter den Füßen weg und stürzten die Vereinigten Staaten in die große Depression. In den folgenden Jahren verlangsamte sich die Wirtschaftsentwicklung überall in der Welt, bis praktisch nichts mehr lief.

Der Börsenkrach von 1929 beendete Amerikas Kreditvergabe an Deutschland. Dadurch wurde eine empfindliche "Flucht aus der Mark" ausgelöst, da die Leute übereinander herfielen, um die Mark gegen günstigere Währungen einzutauschen, denen sie ein größeres Vertrauen schenkten. Daraus ergab sich eine empfindliche Belastung für Deutschlands Goldreserven. Da diese abnahmen, mußte die Höhe der Kredite und des Bargeldumlaufes gesenkt werden, und zwar über höhere Zinsen.

Deutschland wandte sich auch weiterhin in einem Meer von Schulden, Furcht und Schwierigkeiten, und jedermann versuchte, den Kopf über den immer weiter steigenden Fluten des Unheils zu halten. An dieser Stelle nun trat Adolf Hitler und seine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei in das Rampenlicht der deutschen Politbühne.

Die internationalen Banker halfen Hitler bis zur Machtübernahme 1933 mit Geldspritzen von rund 130 Millionen Mark.

VII. Hitler und die Drahtzieher des Zweiten Weltkrieges

Im Herbst 1929 war es an der Zeit, daß die internationalen Banker auf den Knopf drücken sollten, mit dem die Maschinerie in Bewegung gesetzt wurde, die zum Zweiten Weltkrieg führte. Nachdem sie selbst, ihre Agenten und Freunde auf der Welle eines künstlich aufgeblasenen Aktienbooms ausverkauft hatten, zogen die internationalen Banker dem ganzen System den Boden unter den Füßen weg und stürzten die Vereinigten Staaten in die große Depression. In den folgenden Jahren verlangsamte sich die Wirtschaftsentwicklung überall in der Welt, bis praktisch nichts mehr lief.

Der Börsenkrach von 1929 beendete Amerikas Kreditvergabe an Deutschland. Dadurch wurde eine empfindliche "Flucht aus der Mark" ausgelöst, da die Leute übereinander herfielen, um

die Mark gegen günstigere Währungen einzutauschen, denen sie ein größeres Vertrauen schenkten. Daraus ergab sich eine empfindliche Belastung für Deutschlands Goldreserven. Da diese abnahmen, mußte die Höhe der Kredite und des Bargeldumlaufes gesenkt werden, und zwar über höhere Zinsen.

Bis zum Ende 1931 wurde in Deutschland der Diskontsatz Schritt für Schritt angehoben, bis er schließlich die schwindelerregende Höhe von 15 Prozent erreichte, ohne daß dadurch der Abfluß der Goldreserven aufgehalten worden wäre. Als Deutschlands Appell, die Reparationszahlungen zu verringern, von seinen Gläubigern aus verschiedenen Gründen abgelehnt wurde, verschlimmerte sich das Dilemma noch weiter. Während "mehrere Komitees internationaler Bankiers das Problem diskutierten, spitzte sich die Krise zu". Die Darmstädter Bank und die Schröder-Bank brachen zusammen.

Hitler bietet Abhilfe

Deutschland befand sich auch weiterhin in einem Meer von Schulden, Furcht und Schwierigkeiten, und jedermann versuchte, den Kopf über den immer weiter steigenden Fluten des Unheils zu behalten. An dieser Stelle nun traten Adolf Hitler und seine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) in das Rampenlicht der deutschen Politbühne. Seine Botschaft fand in den Herzen von Millionen Deutschen ein tiefes Echo.

Seine mit Kraft vorgetragene Versprechungen, Deutschland aus den Fesseln des Versailler Vertrages, dem fremden Finanzmoloch, zu befreien und der erheblich eingeeengten und krisenmüden Bevölkerung "Lebensraum" zu geben, fanden zu Beginn der 30er Jahre Aufmerksamkeit im Volk. Er bot den Menschen etwas an, wonach sie sich sehnten. Seine Reden erweckten Hoffnung zu neuem Leben.

Das Deutschland der frühen 30er Jahre war eine von den internationalen Banken gebaute Zeitbombe, die auf eine Person vom Schlage Hitler gewartet hatte, der die Szene betreten und die Kontrolle ergreifen würde.

Hitler als lukratives Geschäft

Aus detaillierten Aussagen vor dem Kilgore Committee of the US Senat, 1945, Hearing über "Elimination of German Resources for War" (Beseitigung von Kriegsführungsquellen in Deutschland) geht hervor, daß "als die Nazis 1933 an die Macht kamen, sie feststellen konnten, daß man seit 1918 enorme Fortschritte in der Vorbereitung Deutschlands für den Krieg in wirtschaftlicher und industrieller Hinsicht gemacht hatte".

Die gewaltigen Beträge amerikanischen Kapitals, die unter dem Dawes-Plan ab 1924 nach Deutschland geflossen waren, hatten die Grundlage gebildet, auf der Hitlers Kriegsmaschinerie aufgebaut worden war. Wie Dr. Anthony C. Sutton in "Wall Street and the Rise of Hitler" aufführt, "läßt sich der vom amerikanischen Kapitalismus an Deutschland geleistete Beitrag zur Vorbereitung des Krieges vor 1940 nur als phänomenal beschreiben. Er war zweifellos entscheidend für die militärische Vorbereitung in Deutschland.

Beweise legen es nahe, daß nicht nur ein einflußreicher Sektor der amerikanischen Wirtschaft sich über die Natur des Nazitums bewußt war, sondern ihm auch wo immer möglich - und lukrativ aus Eigennutz Vorschub leistete - in dem vollen Wissen, daß am Ende Krieg stehen würde, in den Europa und die USA gezogen würden. Auf Unwissenheit zu plädieren, ist mit den Fakten unvereinbar."

Die sehr sorgfältig dokumentierten Beweise darüber, daß amerikanische Banken- und Industriekreise an dem Aufstieg von Hitlers Dritten Reich höchst maßgeblich beteiligt waren, sind öffentlich zugänglich. Sie sind in den Protokollen und Berichten über Regierungshearings zu finden, die von verschiedenen Senats- und Kongreßausschüssen in den Jahren von 1928 bis 1946 veröffentlicht wurden.

Zu den wichtigsten zählen: "House Subcommittee to Investigate Nazi Propaganda" im Jahre 1934 (Kongreß-Unterausschuß zur Untersuchung der Nazi-Propaganda), der Bericht über Kar-

telle, herausgegeben vom House Temporary National Economic Committee, 1941 (Vorläufiger Nationaler Wirtschaftsausschuß des Kongresses) sowie vom Senate Subcommittee on War Mobilization in 1946 (Senats-Unterausschuß für Mobilmachung im Jahre 1946).

Öl aus Kohle

Ein Teil dieser faszinierenden Geschichte ist mit der Entstehung eines internationalen Kartells, mit Schwerpunkt in Deutschland, verbunden, das die Chemie- und Pharmaindustrie in der ganzen Welt kontrollierte. Beteiligungen bestanden in 93 Ländern, und es war eine mächtige wirtschaftliche und politische Macht in allen Erdteilen. Es hieß I. G. Farben.

"I. G. steht für Interessengemeinschaft beziehungsweise gemeinschaftliche Interessen oder einfacher, Kartell. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte sich die I. G. Farben zum größten Chemieunternehmen der Welt entwickelt und war Teil eines Kartells von einer gigantischen Größe und Macht, wie es in der ganzen Geschichte einmalig war" ("World Without Cancer").

"Eine der Hauptursachen für Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg ist ein Mangel an Treibstoff gewesen. Deutschlands Führung beschloß, seine Abhängigkeit vom Ausland in bezug auf Benzin ein für allemal zu beenden. Zwar besaß Deutschland im Inland keine nennenswerten Ölvorkommen, aber es verfügte über mehr als genug Kohle. Daher gehörte es zu den ersten Zielen der deutschen Chemie nach dem Krieg, ein Verfahren zur Umwandlung von Kohle in Benzin zu finden.

1920 hatte Dr. Bergius ein Verfahren entdeckt, um große Mengen Wasserstoff herzustellen und sie unter hohem Druck bei hohen Temperaturen und mit Hilfe von bestimmten Katalysatoren in flüssige Kohleprodukte zu verwandeln. Damit waren die letzten Schritte zur Benzineredelung vorgezeichnet. Es war nur noch eine Frage der Verfeinerung dieses Hydrierprozesses. Schlagartig war I. G. Farben im Ölgeschäft" ("World Without Cancer").

I. G. Farben benutzte seine Neuentdeckung von lebenswichtiger Bedeutung, um die Türen zu öffnen, die zur Gründung eines weltweiten Kartells führten. Frank Howard von der Standard Oil wurde zu einem Besuch der großen badischen Werke in Ludwigshafen im März 1926 eingeladen. Was er sah, ließ ihn staunen - Benzin aus Kohle! Völlig konsterniert schrieb er an Walter Teagle, Präsident der Standard Oil:

"Aufgrund meiner heutigen Beobachtungen und Diskussionen glaube ich, daß diese Sache das wichtigste ist, was unser Unternehmen angeht. Die Badische kann aus Braunkohle und anderen minderen Kohlesorten hochwertiges Motorenbenzin herstellen, und zwar in Mengen, die fast der Hälfte der Kohle entspricht. Das bedeutet absolut die Unabhängigkeit Europas in Fragen der Benzinversorgung. Es bleibt nur der knallharte Preiswettbewerb."

Standard Oil heiratet I. G. Farben

In den nächsten drei Jahren fanden zwischen I. G. Farben und Standard Oil intensive Verhandlungen statt. Diese führten schließlich zur "Heirat" zwischen diesen beiden Industriegiganten am 9. November 1929.

Der Vertrag gab Standard Oil die eine Hälfte der Rechte an den Hydrierverfahren in allen Ländern der Welt mit Ausnahme Deutschlands. Standard gab I. G. Farben 546.000 seiner Stammaktien im Wert von mehr als 30 Millionen. Beide Seiten vereinbarten, niemals gegeneinander in den Bereichen der Chemie und der Ölgewinnung Wettbewerb zu betreiben.

Das Ziel war dabei, den Wettbewerb zu beseitigen und einen Aufschwung der Gewinne zu garantieren. Zwei Jahre später unterzeichnete I. G. Farben mit Alcoa das als "Alig" bekannte Abkommen, wodurch die beiden Unternehmen alle ihre Patente und Know-how in der Magnesiumherstellung zusammenlegten.

Als Henry Ford in Deutschland eine Autofabrik erbaute, beteiligte sich I. G. Farben mit 40 Prozent. In den USA trat Henry Fords Sohn Edsel in den Vorstand der I. G. Chemical Company ebenso wie Walter Teagle, Präsident der Standard Oil, Charles E. Mitchell, Präsident der

Rockefeller Bank "National City Bank of New York" sowie Paul Warburg, Chefbauer der amerikanischen "Federal Reserve Bank".

Hitler kommt an die Macht

Bereits 1925 brachte Dr. Karl Duisburg, der erste Vorsitzende der I. G. Farben und Gründer der American Bayer Company, seinen Wunsch nach einem "starken Mann" zum Ausdruck, der Deutschland in der Stunde seiner Bewährung anführen würde:

"Seit einig, einig. Dies sollte der beständige Aufruf an alle Parteien im Reichstag sein. Wir hoffen, daß unsere Worte von heute wirken und wir den starken Mann finden werden, der schließlich alle unter einem Schirm zusammenbringt, denn der starke Mann ist für uns Deutsche immer notwendig, wie wir es im Falle Bismarck gesehen haben."

Im Herbst 1932, als die Weimarer Republik am zerbröckeln war, wurde es offensichtlich, daß Hitler am besten für die Rolle des "starken Mannes" geeignet war. Folglich "erhielt Hitler eine weit stärkere Unterstützung als er sich jemals zu hoffen gewagt hätte. Die industrielle und finanzielle Führung Deutschlands, an der Spitze I. G. Farben, schlossen die Reihen und gaben Hitler ihre volle Unterstützung." Zwei Kartelle, die I. G. Farben und die Vereinigte Stahlwerke, stellten in den Jahren 1937 bis 1939, also am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. 95 Prozent der deutschen Explosivstoffe her. Diese Produktion kam aus Anlagen, die amerikanische Kredite, und begrenzt, auch amerikanische Technologie gebaut hatten.

Im Buch "Wall Street and the Rise of Hitler" heißt es: "Die Zusammenarbeit von I. G. Farben - Standard Oil zur Herstellung von synthetischem Öl aus Kohle sicherte dem I. G. Farben-Kartell ein Monopol auf die Benzinherstellung während des Zweiten Weltkrieges. 1945 wurde knapp die Hälfte des deutschen hoch-klopffesten Benzins direkt von I. G. Farben hergestellt und der Rest fast gänzlich von ihren verbundenen Gesellschaften."

Die internationalen Banker pumpeten weiter Geldströme in die deutsche Wirtschaft. Die von den Geldmonopolisten vergebenen drei größten Kredite waren für die Entwicklung der drei deutschen Kartelle bestimmt, die Hitler und seine Nationalsozialisten bei ihrem Aufstieg zur Macht unterstützten.

Dazu führte James Martin aus (er war Chef des Referates für Wirtschaftskrieg im Justizministerium, das die Struktur der Nazi-Industrie untersuchte): "Diese Kredite für den Wiederaufbau wurden zu einem Träger für Arrangements, die den Zweiten Weltkrieg mehr gefördert haben als die Schaffung des Friedens nach dem Ersten Weltkrieg."

Das Hauptverbindungsglied zwischen Hitler und den Wallstreet Geldbaronen war Hjalmar Horace Greely Schacht, Präsident der Deutschen Reichsbank, dessen Familie schon viele Jahre lang mit der internationalen Finanzelite verflochten war. Schacht war der kluge Kopf hinter dem Wiederaufbauplan für Deutschland, dem Young-Plan, und auch der Bank für Internationalen Zahlungsverkehr. Anfang des Jahrhunderts hatte sein Vater in der Berliner Filiale der von Morgan kontrollierten Equitable Trust Company of New York gearbeitet.

Der von Schacht konzipierte Plan funktionierte perfekt und half, die Ereignisse in der Weimarer Republik auf die explodierende Spitze zu treiben. Dr. Fritz Thyssen, der deutsche Industrielle, erklärte, er habe "sich an die Nationalsozialistische Partei erst dann gewandt, als ich zu der Überzeugung gelangt war, daß der Kampf gegen den Young-Plan unausweichlich war, wenn der vollständige Zusammenbruch Deutschlands verhindert werden sollte.

Die Annahme des Young-Plans und seine finanziellen Grundsätze erhöhte die Arbeitslosigkeit mehr und mehr, bis es rund eine Million Arbeitslose gab. Die Menschen waren verzweifelt. Hitler sagte, er werde die Arbeitslosigkeit beseitigen. Die damalige Regierung war sehr schlecht und die Lage der Leute verschlimmerte sich. Das war wirklich der Grund für den enormen Erfolg Hitlers bei den Wahlen."

1932 war Hitlers Nationalsozialistische Partei die größte im Reichstag. Da eine interne Krise die andere jagte, gewannen Hitlers kräftige Versprechungen unter der deutschen Bevölkerung

immer mehr Anklang und Beliebtheit. Für viele erschien er der einzige Ausweg für die deutsche Nation zu sein. Er war die einzige Figur auf der politischen Bühne Deutschlands, die einen bestimmten Weg des Handelns hatte, und denselben lautstark erklärte, um die Nation aus der immer entsetzlicher werdenden Notlage herauszuführen.

Hitler wurde am 30. Januar 1933 von Hindenburg zum Reichskanzler berufen und löste ihn nach seinem Tode als "Führer" und Reichskanzler ab. Im folgenden Monat benutzte Hitler den vorsätzlich verübten Reichstagsbrand zum Vorwand, um die verfassungsmäßigen Rechte abzuschaffen und sich zum diktatorischen Führer der deutschen Nation zu ernennen.

Nachdem mögliche Rivalen in einer Reihe von Säuberungsaktionen beseitigt waren, setzte Hitler zu einem massiven Feldzug an, um Deutschland wirtschaftlich, militärisch und psychologisch aufzubauen. Mit der Widerrufung der Bedingungen des Versailler Vertrages und den massiven Reparationszahlungen, die Deutschland in dem vorangegangenen Jahrzehnt in einem Zustand der finanziellen Leibeigenschaft gehalten hatte, erreichte Hitler eine bemerkenswerte Wende des Wirtschaftslebens in Deutschland.

Der Lebensstandard des Durchschnittsbürgers verbesserte sich ganz entschieden und man führte mit Erfolg eine Kampagne durch, die Lebensgeister der Menschen zu neuer Kraft zu entfalten. Da sie nunmehr eine Sache hatten, für die es zu arbeiten sich lohnte, machten die Deutschen sich mit der ihnen eigenen Gründlichkeit an die Arbeit. Die Arbeitslosigkeit verschwand praktisch, als die Produktion der Industrie auf Touren kam.

Zeitgenössischen Beobachtern wurde jedoch bald deutlich, daß Hitler und seine internationalen Beschützer einen außergewöhnlich hohen Prozentsatz an Produktion vom Band rollten, die sich in der Kriegsführung verwenden ließen.

Aus dem Tagebuch des Botschafters Dodd

Der höchste diplomatische Vertreter Amerikas im Hitler-Deutschland war nach 1933 Botschafter Dodd. Am 15. August 1936, also mehr als dreieinhalb Jahre nach Hitlers Machtergreifung, berichtete Dodd an den amerikanischen Präsidenten Roosevelt, "zur Zeit haben hier mehr als 100 amerikanische Unternehmen Tochtergesellschaften oder Kooperationsabkommen. Du Pont hat drei Verbündete in Deutschland, die das Rüstungsgeschäft unterstützen. Ihr Hauptverbündeter ist die I. G. Farben Company.

Standard Oil Company (New Yorker Untergesellschaft) hat im Dezember 1933 zwei Millionen Dollar hierher geschickt und erhält jährlich 500.000 Dollar dafür, den Deutschen bei der Herstellung von Ersatzbenzin für Kriegszwecke zu helfen; aber Standard Oil kann seine Gewinne nicht repatriieren, es sei denn in Form von Waren. Davon machen sie wenig Gebrauch. Zwar berichten sie ihre Erträge an die Muttergesellschaft, aber sie berichten nicht die Tatsachen. Der Präsident der International Harvester Company sagte mir, ihr Umsatz hier sei um 33 Prozent pro Jahr gestiegen (Waffenherstellung, glaube ich), aber sie holen sich nichts davon zurück.

Selbst unsere Flugzeugleute haben ein Geheimabkommen mit Krupp. General Motors Company und Ford erzielen hier mit ihren Tochtergesellschaften Riesenumsätze, aber entnehmen keine Gewinne. Ich erwähne diese Fakten, weil sie die Dinge verkomplizieren und die Kriegsgefahren vergrößern."

Immer mehr Geld für die Kriegsvorbereitungen

In seinem Tagebuch notierte Botschafter Dodd, daß Dr. Engelbrecht, Leiter der Rockefeller-tochter Vacuum Oil Company in Hamburg, ihm erzählt hat:" Die Standard Oil Company of New York baue eine Großraffinerie in der Nähe des Hamburger Hafens."

Die amerikanischen Internationalisten gingen aber in ihren Bemühungen um den Aufbau der deutschen Kriegsführungskapazitäten noch sehr viel weiter. Bei seinen Recherchen deckte Professor Sutton die Tatsache auf, daß "die beiden größten Panzerhersteller im Hitlerdeutschland Opel, eine 100prozentige Tochter der General Motors - ihrerseits von J. P. Morgan kon-

trolliert - sowie die Ford AG, Tochter der Ford Motor Company in Detroit waren. 1936 wurde Opel von den Nazis Steuerfreiheit eingeräumt, damit General Motors seine Produktionsanlagen erweitern konnte. General Motors reinvestierte die anschließenden Gewinne in die deutsche Industrie."

Obwohl amerikanische Unternehmen verantwortlich für die Bereitstellung eines Großteils der Technologie und des Kapitals in Deutschland waren, das Hitler für den militärischen Aufbau benötigte, so gab es doch auch viele begüterte Europäer außerhalb Deutschlands, die mehr als genug das ihrige für dieselbe Sache taten. Aus europäischen Quellen flossen enorme Geldmengen in das Nazideutschland, und zwar über die Warburg-kontrollierte Mendelsohn Bank in Amsterdam, und später über die J. Henry Schröder Bank mit Filialen in Frankfurt am Main, London und New York. ...<<

Herbert Ludwig berichtet später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geldgeber Hitlers (x943/...): >>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

... Die Finanzierung der NSDAP

Wenn ein kleiner Gefreiter in vierzehn Jahren aus dem Nichts eine Massenbewegung aufbaut, *"wenn er eine Hunderttausende zählende Privatarmee wie die SA auszurüsten (die SA hatte 1924 30.000, 1930 80.000, 1932 220.000, 1933 400.000 und 1934 etwa 4 Millionen Mitglieder), auszubilden und zu ernähren vermag und eine gewaltige Propagandamaschinerie inklusive Großveranstaltungen mit hunderttausend Teilnehmern finanziert, wenn er zweimal die Woche und später täglich den Völkischen Beobachter herausgeben kann, wenn er ... feudale Parteizentralen kauft, Tausende von Flaggen und gleich zwei Flugzeuge aufs Mal - dann muß das Geld in Strömen fließen oder gigantische Schuldenberge müssen in die Höhe wachsen. Bei Hitler ist beides der Fall. Das Geld fließt überreichlich und reicht doch oft nicht aus."*

Die Quellen liegen noch vielfach im Dunkeln.

Es ist allgemein bekannt, daß Hitler und die NSDAP schon ab den frühen Zwanzigerjahren von deutschen Industriellen finanziell unterstützt wurden. Der springende Punkt besteht jedoch nach den Erkenntnissen Antony Suttons darin, *daß es sich bei den deutschen Industriellen, die Hitler finanzierten, überwiegend um Direktoren von Kartellen mit amerikanischen Verbindungen, Besitz, Beteiligungen und einer Form von Verbindung durch Tochtergesellschaften handelte.*

Die Geldgeber Hitlers waren zum großen Teil nicht Firmen rein deutscher Herkunft beziehungsweise repräsentativ für deutsche Familienfirmen. Außer Thyssen und Kirdorf handelte es sich meistens um die deutschen multinationalen Firmen - also IG Farben, AEG, DAPAG (Deutsch-Amerikanische Petroleum A.G.) usw. Diese multinationalen Firmen wurden in den Zwanzigerjahren durch amerikanische Anleihen aufgebaut und hatten in den Dreißigerjahren amerikanische Direktoren und hohe amerikanische Beteiligungen."

Nach Wolfgang Zdral überwies Henry Ford, ausgewiesener Antisemit und Sympathisant Hitlers, jährlich 50.000 RM als Geburtstagsgeschenk auf Hitlers Privatkonto beim Kölner Bankhaus J. H. Stein. Nicht umsonst wurde Henry Ford von Hitler mit dem Großkreuz des Deutschen Adlerordens ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung, die er an Ausländer zu vergeben hatte.

An der Thyssen AG waren Amerikaner nicht beteiligt, doch Fritz Thyssen besorgte 1931 für die NSDAP einen Kredit über 250.000 RM bei einer Tochter-Firma der August-Thyssen Bank in Holland, die eng mit den finanziellen Interessen der Familie Harrimans in New York verflochten war, prominenten Mitgliedern des Finanzestablishments der Wall Street. *"Es gibt allen Grund zu der Annahme, daß die Harrimans von Thyssens Unterstützung für die Nazis wußten."*

In den Jahren 1932-1933 gingen von Friedrich Flick, einem der Direktoren der AEG mit 30 %

US-Beteiligung, 150.000 RM direkt an die NSDAP. Bei dem berühmte "Kaiserhoftreffen" einiger Unternehmer mit Hitler im Mai 1932, darunter von IG Farben und der amerikanische IG Farben, kamen mehr als 500.000 RM zusammen und wurden auf dem Konto von Rudolf Heß bei der Deutschen Bank hinterlegt.

Am 20. Februar 1933 trafen sich im Hause Hermann Göring die Spitzen der deutschen Wirtschaft. Hjalmar Schacht sammelte an diesem Ort etwa 1,3 Millionen Reichsmark für das von ihm eingerichtete "Sonderkonto Treuhand".

Davon sollte Hitlers Wahlkampf für den 5. März finanziert werden. In diese Wahlkampfkasse zahlten, so Antony Sutton, Konzerne der US-NS-Connection den Hauptanteil ein. *"Innerhalb weniger Wochen ... gab es eine untereinander verbundene Sequenz großer Ereignisse: die finanzielle Unterstützung prominenter Bankiers und Industrieller zur Wahl 1933, den Reichstagsbrand, die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Rechte und die darauffolgende Machtergreifung der nationalsozialistischen Partei."*

Es ist sicher kein Zufall, daß die deutschen Industriellen, die in Nürnberg vor Gericht standen, so der britische Amerikaner Antony Sutton, *"kaum mehr als einen Klaps auf den Hintern erhielten. Wir stellen die Frage danach, ob die Nürnberger Prozesse nicht in Washington hätten abgehalten werden sollen - mit ein paar wenigen prominenten amerikanischen Geschäftsleuten sowie Nazigeschäftsleuten auf der Anklagebank."* ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2019) im COMPACT-Spezial Nr. 23 (x345/70-71): >>Hitlers Logenbruder

_ von Guido Grandt

Ein hochrangiger Freimaurer saß beim "Führer" am Kabinetttisch. Er hatte die Nazis von Anfang an unterstützt - und war einer der Wegbereiter des Dritten Reiches. Nach dem Krieg halfen ihm seine brüderlichen Verbindungen.

Der Bankier Hjalmar Schacht (1877-1970) wurde 1906 als Mitglied von der Loge *Urania zur Unsterblichkeit* aufgenommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat er der Loge *Zur Brudertreue an der Elbe* bei. Dort hieß man ihn 1949 willkommen. Ein leuchtendes Beispiel für humanitären Geist hatte er zuvor - in einer Zeit, in der beispiellose Verbrechen begangen wurden - allerdings nicht gerade abgeben.

"Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist."

Hjalmar Schacht

Schacht fungierte von 1923 bis 1930 und von 1933 bis 1939 als Präsident der Deutschen Reichsbank, von 1934 bis 1937 war er zugleich Wirtschaftsminister. Danach diente er bis 1944 als Minister ohne Geschäftsbereich. Bereits 1926 sympathisierte er mit den Nazis, lernte 1930 Hermann Göring, Joseph Goebbels und Adolf Hitler kennen. Zwei Jahre später unterstützte er als Finanzexperte die NSDAP, forderte mit seiner Unterschrift bei einer Eingabe an Präsident Hindenburg, den Führer der Nationalsozialisten zum Reichskanzler zu ernennen, und half später entscheidend mit, die Aufrüstung zu finanzieren.

In London führte er sogar Verhandlungen über die "Aussiedlung von Juden", was als sogenannter Schacht-Ruble-Plan in die Geschichte einging. Das tat er, obwohl er zunächst den Standpunkt vertrat, daß die NS-Rassenpolitik der deutschen Wirtschaft nicht nur schaden, sondern sie auch ruinieren würde, weshalb er die diskriminierende Behandlung von Unternehmen mit jüdischen Inhabern grundsätzlich ablehnte.

Lob für die Nürnberger Gesetze

Allerdings hieß er die 1935 erlassenen Nürnberger Gesetze ausdrücklich gut: "Ich begrüße ... die Nürnberger Gesetze, daß er ("der Jude") wieder zurückgedrängt ist in sein, ich kann ruhig sagen, Ghetto." Und er teilte das nationalsozialistische Staatsziel, Juden in der Gesellschaft zu isolieren.

Ferner sagte er: "Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist. Wir wünschen, unser Volk und unsere Kultur rein und eigen zu halten." An anderer Stelle meinte er, daß "kein Jude ... Volksgenosse sein" dürfe und befürwortete die gesetzliche Diskriminierung aller deutschen Juden, die sie zu "Staatsbürgern minderen Rechts" erklärte.

Schacht deutete bei einer Rede 1935 in Königsberg auch an, daß er sich mit dem sogenannten Blutschutzgesetz anfreunden könne, das eine Heirat zwischen Nichtjuden und Juden verbot und zudem jeden außerehelichen Geschlechtsverkehr mit Zuchthaus bestrafte. Der Reichswirtschaftsminister erhielt zudem das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP.

Dennoch kühlte sich ab 1937 sein Verhältnis zu den Nazis ab. Schacht wurde 1944 wegen der Mitverschwörung beim Attentat auf Hitler verhaftet und in einer der sogenannten Prominentenbaracken interniert. Amerikanische Militärstaatsanwälte stellten ihn wegen "Verschwörung zur Herbeiführung des Krieges" und der "Teilnahme an den Vorbereitungsmaßnahmen" vor das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, wo er freigesprochen wurde.

Aufgrund des Entnazifizierungsgesetzes galt er den westdeutschen Behörden dennoch als belastet, weil er der "nationalsozialistischen Gewaltherrschaft außerordentliche wirtschaftliche Unterstützung" gewährt hatte. Er wurde zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, bis 1948 inhaftiert und im Berufungsverfahren freigesprochen. 1953 gründete er die Außenhandelsbank Schacht & Co. in Düsseldorf.

Christopher Kopper schreibt in seinem Buch Hjalmar Schacht - Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier: Seine (Schachts) Selbsterklärung, er habe sich dem NS-Regime nur aus patriotischen Motiven zur Verfügung gestellt und sei im Amt geblieben, um Schlimmeres zu verhüten, war ausgesprochen fragwürdig - aber fand in der alten (und neuen) Verwaltungselite und in den führenden Wirtschaftskreisen der Bundesrepublik durchaus Zustimmung."

1953 veröffentlichte der Bankier seine Memoiren unter dem Titel 76 Jahre meines Lebens, die, so Kopper, "voller Ressentiments gegen deutsche wie gegen deutsch-amerikanische Juden" steckten. Der Biograph des Reichsbankpräsidenten schreibt: "Schacht war nach dem Krieg zumindest phasenweise stärker antisemitisch eingestellt, als er es während der Herrschaft des Nationalsozialismus je war."

Festes Bruderband

Noch ein anderes maurerisches Klüngelspiel, das bis jetzt nicht als solches erkannt worden ist, spielte sich ab: In der Phase zwischen dem Freispruch des Internationalen Militärtribunals und dem Entnazifizierungsverfahren deutscher Behörden gegen ihn fuhr Schacht von Bayern, wo seine Anwälte einen "vorläufigen Freibrief" erwirkt hatten, nach Baden-Württemberg zu einem Freund. Der Nürnberger Polizeipräsident informierte die württembergische Landesregierung von dieser Reise, woraufhin der Minister für Politische Befreiung sofort einen Haftbefehl gegen den früheren Reichsminister erließ.

Doch der liberale Ministerpräsident Reinhold Maier wollte Schachts Verhaftung ohne großes Aufsehen verhindern und ließ ihm über Umwegen eine Warnung zukommen. Dennoch wurde er festgenommen, weil er den Hinweis nicht ernst nahm. Fakt ist jedoch, daß der Ministerpräsidenten ihn illegalerweise warnte.

Der Vorgang wird verständlich, wenn man weiß, daß Reinhold Maier selbst ein sehr aktiver Freimaurer war. Von 1924 bis 1933 war er Mitglied der Loge *Zu den 3 Cedern* in Stuttgart und 1946 sogar Gründungsmitglied der Stuttgarter Loge *Furchtlos und Treu*, der er bis zu seinem Tod angehörte. Er versuchte also seinem Logenbruder Schacht aus der Klemme zu helfen. Unter anderem zu diesem Zweck war ja auch das "Bruderband" geknüpft worden. Skandalös!

"Ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer."

Journalist Tom Goeller

"Bruder" Hjalmar Schacht stellt zweifellos für die Geschichte der deutschen Freimaurer eine Belastung dar", bekennt Freimaurer und Journalist Tom Goeller daher auch reumütig. In seinem Buch Freimaurer - Aufklärung eines Mythos hält er fest: "Unabhängig von den gerichtlichen Freisprüchen hätte er 1949 nicht mehr in eine Loge aufgenommen werden dürfen. Denn es ist unstrittig, daß er ein entscheidender Steigbügelhalter auf Hitlers Weg zur Macht war. Das alleine hätte genügen müssen, ihn aus der Freimaurerei für immer auszuschließen. Leider muß indes vermutet werden, daß sich die Hamburger Loge "Zur Brudertreue an der Elbe" 1949 eher geschmeichelt fühlte, einen "namhaften" Freimaurer zu ihren Mitgliedern zählen zu können, als einen Helfershelfer Hitlers zu bannen; ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer.

Freimaurer und NS

Die NSDAP machte von Anfang an Front gegen die deutschen Logen. Hierbei tat sich vor allem Chefideologe Alfred Rosenberg hervor, der die Freimaurer im Völkischen Beobachter "künstliche Juden" nannte, ihnen eine "volklose Weltanschauung" unterstellte und von einer "freimaurerischen Völkerbunddiktatur über Europa" fabulierte. Er kam zu dem Schluß: "Deshalb darf kein Maurer der NSDAP angehören und umgekehrt." In den von der Organisationsabteilung der Partei herausgegebenen Schulungsbriefen hieß es am 15. März 1931: "Die Feindschaft des Bauern gegen den Freimaurer als Judenknecht muß bis zur Raserei aufgestachelt werden."

Nach 1933 paßten sich viele Logen den NS-Machthabern an, um ein Verbot abzuwenden. Doch das half nichts: Am 17. August 1935 ordnete Innenminister Wilhelm Frick das Verbot der Freimaurerei in Deutschland an. Manche Logenhäuser wurden in "Freimaurermuseen" umgewandelt.

Bekannte Freimaurer, die Opfer des NS-Regimes wurden, waren beispielsweise der Schriftsteller Carl von Ossietzky sowie die Sozialdemokraten Julius Leber und Wilhelm Leuschner.<<

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später (im Jahre 2021) im COMPACT-Geschichte Nr. 9 über die Finanzierung Hitlers und das dunkle Geheimnis der Wall Street nach dem Ersten Weltkrieg (x361/12,16-19): >>**Die Guten, die Bösen und die Unsichtbaren**

Seit Jahrzehnten fetzt sich die Geschichtswissenschaft wegen der Finanzierung der NSDAP durch das Großkapital. Linke und bürgerliche Historiker stehen sich in erbitterter Feindschaft gegenüber - und keine der beiden Parteien will über den Elefanten sprechen, in dessen mächtigem Schatten die Kontroverse steht. ...



Bereits vor 1933 wurde die Schuldfrage plakativ instrumentalisiert. Hier erscheint nicht mehr Hitler selbst, sondern die Großindustrie als hauptverantwortlich. Foto: picture-alliance/akg-images

Es ist vor allem das Verdienst des US-Amerikaners Antony C. Sutton und des Russen Nikolay Starikow, hier mit bahnbrechenden - und dennoch (oder gerade deswegen?) im Mainstream kaum beachteten - Recherchen für die Klarheit gesorgt zu haben, die den kommunistischen

wie den westlichen Historikern fehlt. Ihre Bücher *Wall Street und der Aufstieg Hitlers* (Erstveröffentlichung 1976, auf Deutsch im Schweizer Verlag Perseus 2009, Auszug auf Seite 50 ff.) beziehungsweise *Wer hat Hitler gezwungen, Stalin zu überfallen?* (auf Deutsch 2017 in einem kleinen baltischen Verlag erschienen, Auszug auf Seite 38 ff.) werden in der Fachwissenschaft ignoriert. Dritter im Bunde der Aufdecker ist der US-Professor Guido Giacomo Preparata mit seinem Buch *Wer Hitler mächtig machte: Wie britisch-amerikanische Finanzeliten dem Dritten Reich den Weg bereiteten* (2010 ebenfalls bei Perseus erschienen).

Die unsichtbare Hand

Sutton erklärt die Hinwendung der Wall Street zu den Nazis vor allem mit deren korporatistischem Wirtschaftsmodell, das im Unterschied zur freien Marktwirtschaft stabile Gewinnraten garantierte - aus demselben Grund unterstützten die Banker laut Sutton auch den US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt (1933-1945) und die Sowjetunion.

Im Unterschied zu ihm gehen Starikow und Preparata davon aus, daß nicht das korporatistische Wirtschaftsmodell, sondern die geostrategische Orientierung die angloamerikanischen Geldhaie zur Unterstützung Hitlers brachte: Washington und London zogen die NSDAP vor allem deswegen anderen nationalistischen Parteien und Strömungen vor, weil sich Hitler in *Mein Kampf* vehement für ein deutsch-britisches Bündnis gegen Rußland ausgesprochen hatte - das paßte zur Globalstrategie der angelsächsischen Seemächte.

Aus demselben Grund erfuhren Aktivisten im Umkreis der Konservativen Revolution keine Förderung: Sie waren zumeist anti-englisch eingestellt und damit trotz ihres Antikommunismus suspekt. Preparata nennt ein Beispiel: Als sich 1920 monarchistische Offiziere im sogenannten Kapp-Putsch gegen die Weimarer Demokratie erhoben, schleuste London seinen Agenten Ignatz Trebitsch-Lincoln in den inneren Kreis der Verschwörer ein und brachte den Umsturz zum Scheitern. Die Obristen träumten von einem deutsch-russischen Bündnis, am liebsten mit den verbliebenen Anhängern des Zaren, zur Not aber auch mit den Bolschewiken - das mußte London unbedingt verhindern. Außenminister Walther Rathenau, der 1922 im Vertrag von Rapallo ein solches Bündnis tatsächlich in Angriff nahm, wurde übrigens im selben Jahr von der NSDAP-nahen Organisation Consul ermordet.

"Ein fabelhafter Demagoge."

Truman Smith über Hitler

Starikow recherchierte penibel die Kontakte, die US-Regierungskreise bereits 1921/22 zu Hitler knüpften - vor allem über den Militärattaché Truman Smith und den von ihm instruierten NSDAP-Spendensammler und Führer-Intimus Ernst "Putzi" Hanfstaengl, der auch für Sutton eine Schlüsselrolle spielte (siehe Seite 60 ff.). Der Börsenexperte Thorsten Schulte ("Silberjunge") präsentiert - von Starikow ausgehend - in seinem aktuellen Buch *Fremdbestimmt. 120 Jahre Lügen und Täuschung* weitere Beweise für Hitlers frühe Förderer im US-Establishment, so etwa die Begeisterung von Truman Smith nach einem Treffen am 20. November 1922: "Ein fabelhafter Demagoge. Ich habe kaum zuvor einem so konsequenten und fanatischen Mann zugehört."

Das Zitat, entnommen dem englischen Original des Standardwerks *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches* von William L. Shirer aus dem Jahr 1960, fehlt in der deutschen Ausgabe... Ein wichtiger Spendenvermittler war auch der Schriftsteller Dietrich Eckart, der den Kontakt zu Warren C. Anderson hielt, den Europa-Präsidenten des amerikanischen Autoproduzenten Henry Ford. 1924 fuhr der Nazi-Gigolo Kurt Lüdecke direkt zum Geldsammeln in die USA. Gerichtliche Untersuchungen ergaben, daß Ford bereits im Jahre 1923 drei Mal größere Geldbeträge für Hitler angewiesen hatte.

Ein erstes Fanal setzte die NSDAP am 9. November 1923 durch einen Putschversuch in München. "Das Verblüffendste und Rätselhafteste am Erfolg dieses Menschen (Hitlers) ist die Tatsache, daß er 1923, auf dem Höhepunkt des Inflationstaumels, über Devisen verfügte, über

Dollars, Tschechenkronen, holländische Gulden, ja offenbar auch über französische Franken", schreibt Walter Görlitz in *Geldgeber der Macht* (Düsseldorf/Wien, 1976).

...

Der Durchbruch ab 1929

Hitler wurde im Dezember 1924 aus der Festungshaft in Landsberg entlassen, im Februar 1925 wurde die NSDAP neu gegründet. Trotz innerer Konsolidierung hatte die Partei in den folgenden Jahren keinen Erfolg. Bei den Reichstagswahlen 1928 wurden enttäuschende 2,6 Prozent erzielt. Den folgenden steilen Aufstieg verdankte die Hitler-Partei dem Young-Plan, der die 1919 in Versailles diktierten Reparationen neu regelte.

Im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien und der SPD, die den Plan als alternativlos darstellten, profilierte sich die NSDAP in scharfer Opposition gegen die "Young-Sklaverei" und fand dadurch zunehmend Unterstützung im Volk wie auch in jenen Teilen des Großkapitals, die sich vom Dollar-Imperialismus bedroht fühlten. Fritz Thyssen bekannte nach dem Zweiten Weltkrieg: "Ich wandte mich der Nationalsozialistischen Partei erst zu, als ich die Überzeugung gewann, daß der Kampf gegen den Young-Plan unvermeidlich war, wenn der völlige Zusammenbruch Deutschlands abgewendet werden sollte."

Reichskanzler Heinrich Brüning (1930-1932) schrieb am 28. August 1937 aus seinem Exil in einem privaten Brief an Winston Churchill: "Hitlers wirklicher Aufstieg begann erst 1929, als die deutschen Großindustriellen und andere es ablehnten, weiterhin Gelder an eine Menge patriotischer Organisationen auszuschütten, die bis dahin die ganze Arbeit für das deutsche Risorgimento (Wiederauferstehen) geleistet hatten." Dazu muß man im Hinterkopf behalten, daß "deutsche Großindustrielle" zu diesem Zeitpunkt schon Überkreuzbeteiligungen mit amerikanischen Partnern hatten. Sutton nennt Einzelheiten (in dieser COMPACT-Ausgabe ab Seite 76) und resümiert: "Es ist bemerkenswert, daß die größten Spender ... mit Finanziers der Wall Street verbunden waren. Diese Wall-Street-Finanziers saßen im Herzen der Finanzelite und waren angesehen in der zeitgenössischen amerikanischen Politik."

Der an der Wall Street - vor allem vom größten Bankhaus J. P. Morgan - ersonnene Young-Plan wirkte wie ein Förderprogramm für die NSDAP: Er legte für Deutschland 37 Jahresraten von jeweils 2,05 Milliarden Goldmark sowie weitere 22 Jahresraten von jeweils 1,65 Milliarden Goldmark fest. Erst nach 59 Jahren - also 1988 - sollte die Schuld getilgt sein. Erschwerend kam hinzu, daß im Vergleich zum vorhergehenden Dawes-Plan aus dem Jahr 1924 die Modalitäten deutlich verschärft wurden: Statt Reparationszahlungen in Form von Gütern wie beim Dawes-Plan verlangte das neue Diktat explizit Geldzahlungen.

Das mußte, so Thyssen, "zwingend zum Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft des Reiches führen". Pikant: Für die Reichsbank verhandelte ihr Präsident Hjalmar Schacht den Dawes- sowie den Young-Plan mit - er sollte sich 1930 der NSDAP anschließen und dann von Hitler erneut an die Spitze der Notenbank gestellt werden. Und: Er bekannte sich zur Freimaurerei, auch nach deren Verbot durch die Nazis.

Entscheidend für den Durchbruch der NSDAP war das Volksbegehren gegen den Young-Plan, das im Juli 1929 im Wesentlichen von der DNVP lanciert wurde, die aber die Nationalsozialisten als Partner akzeptierte. Zwar scheiterte das Plebiszit - lediglich 5,8 Millionen oder knapp 14 Prozent der Wahlberechtigten stimmten zu -, aber der Schwung der Kampagne führte bei den folgenden Kommunal- und Regionalwahlen zu einer Vervielfachung der Stimmanteile der NSDAP. Die Reichstagswahlen im September 1930 führten zu einer erdrutschartigen Verschiebung: Die Nationalsozialisten gewannen 18,3 Prozent, hatten also ihr Ergebnis aus dem Jahr 1928 mehr als versiebenfacht - und die DNVP überrundet.

Noch höher hinaus ging es bei den Juli-Wahlen 1932: Mittlerweile hatte der Zusammenbruch der Wall Street am Schwarzen Freitag 1929 auch deutsche Banken und Unternehmen in den Abgrund gerissen, über sechs Millionen Arbeitslose standen ohne jede staatliche Unterstüt-

zung da. Die Hitler-Partei gewann glatte 19 Prozent hinzu und wurde mit 37,3 Prozent mit weitem Abstand zur nächstplazierten SPD (21,2) stärkste Partei.

Wichtig: Ermittlungen des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Carl Severing (1928-1930) ergaben, daß seit 1929 Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon stattfanden. "Auf amerikanischer Seite waren eingeweiht: Bankier Warburg, als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Cie., sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz", berichtete ein Mitarbeiter des preußischen Staatssekretärs Wilhelm Abegg.

Brünings Reichskanzlei kam zum Schluß, daß "in den letzten zwölf Monaten" vor dem April 1932 zwischen 62 und 68 Millionen Reichsmark in die Kassen der NSDAP geflossen seien. Davon entfielen nach dieser Aufstellung 40 bis 45 Millionen Reichsmark auf "ausländische Geldgeber". ...<<

In München lernt Hitler im Jahre 1929 die 17jährige Fotolaborassistentin Eva Braun kennen. Ihr konservativer Vater lehnt zunächst jeden Umgang mit Hitler ab.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Eva Braun (x051/86-87):
>>Braun, Eva, geboren in München 6.2.1912, gestorben in Berlin 30.4.1945, Geliebte und einen Tag lang Ehefrau Hitlers

Nach dem Selbstmord von "Geli" Raubal im September 31 wurden die Beziehungen zwischen Hitler und Braun, die er 1929 im Atelier seines Fotografen Hoffmann kennengelernt hatte, intim.

Das Verhältnis wurde sorgfältig vor der Öffentlichkeit verborgen, um das Bild des allem Irdischen entrückten Führers nicht zu stören.

Als Ausgleich für die damit verbundene Einsamkeit, die bis zur Suizidgefahr führte, kaufte Hitler für Braun 1935 eine Villa in der Münchener Wasserburger Straße (heute Delpstraße) und ließ sie wenig später auf den Berghof umziehen.

Doch auch hier mußte sie im Hintergrund bleiben und konnte nur im engsten Kreis als Hitlers "Hausfrau" auftreten, die Führerhauptquartiere im Krieg waren ihr verschlossen. Sie mußte damit Hitlers Frauenideal der unemanzipierten, unpolitischen "Kameradin" entsprechen, auch wenn ihr aus Staatsräson der sonst erwünschte Kindersegen versagt blieb.

Am 15.4.45 folgte Braun Hitler gegen seinen ausdrücklichen Wunsch in den Bunker unter der Reichskanzlei und wurde am 29.4. mit ihm getraut. Am folgenden Tag nahmen sich beide das Leben, die Leichen wurden nach Hitlers Willen im Garten verbrannt.<<

Im Jahresbericht der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft für 1929 wird die Umstellung der Produktion wie folgt begründet (x149/57): >>Hauptsächlich das starre Festhalten der Arbeiterschaft an erreichten Nominallöhnen und unablässiges Drängen nach weiterer Erhöhung zwingt die Produktion zu fortschreitender Mechanisierung. ...

Der teure Arbeiter oder Beamte wird durch die Maschine ersetzt nur in der Erwartung, daß Verzinsung und Amortisation der Anschaffungskosten weniger ausmachen als der Lohn. Diese Tatsache wird dadurch verdunkelt, daß die Einrichtung der Mechanisierung, der Neu- oder Umbau von Fabrikgebäuden, die Herstellung der maschinellen Einrichtung, die nicht vergrößerter, sondern nur verbilligter Gütererzeugung dienen, vorübergehend Arbeitern Beschäftigung gibt, sie aber später zur Arbeitslosigkeit führt.

Die Arbeiterschaft sägt den Ast ab, auf dem sie sitzt, und täuscht sich über die Auswirkung hinweg, weil sie zunächst noch für das Sägen bezahlt wird.<<

In Deutschland sind 1929 im Jahresdurchschnitt 1.892.000 Personen bzw. 9,6 % arbeitslos (x149/60).

CSR: Klement Gottwald (1896-1953) übernimmt im Jahre 1929 die Führung der kommunistischen Partei.

Als die Slowaken verstärkt die zugesagte Selbstbestimmung fordern, lassen die Tschechen alle Anführer der Rebellen inhaftieren. Der slowakische Führer Vojtech Tuka (1880-1946)

wird im Jahre 1929 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt (x061/435).

UdSSR: Trotzki flieht im Jahre 1929 zunächst nach Frankreich und später nach Mexiko, wo ihn nach mehreren gescheiterten Anschlägen ein sowjetischer NKWD-Agent am 20. August 1940 mit einem Eispickel ermordet (x128/48).

Die Parteikonferenz der KPdSU fordert im Jahre 1929 von allen werktätigen Arbeitern und Bauern höhere Arbeitsleistungen (x149/20): >>... Organisiert den Wettbewerb für die Senkung des Selbstkostenpreises, für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, für die Festigung der Arbeitsdisziplin, für die Erweiterung der Saatflächen, für die Hebung der Ertragsfähigkeit, für die Gewinnung der Bauernschaft zu Kolchosen und Genossenschaften, für die Vereinfachung des Staatsapparats, ... für die Verbesserung der Arbeit der kulturellen Einrichtungen, welche die Massen der Werktätigen bedienen. ...

Der Arbeitsheroismus und die Selbstaufopferung der Werktätigen äußern sich auch in der freiwilligen Erhöhung der Arbeitsnormen, in der Abarbeit der Feiertage, in dem gigantischen Wachstum der Vorschläge für die Produktionsberatungen, in dem Boykott der Faulenzer und Bummelanten.<<

Frankreich: Frankreich errichtet von 1929-36 an der französischen Ostgrenze ein tiefgestuftes Befestigungssystem (die "Maginot-Linie", benannt nach dem französischen Kriegsminister A. Maginot), um sich gegen einen erwarteten Angriff Deutschlands zu schützen.

USA: In den USA sind 1929 im Jahresdurchschnitt 1.550.000 Personen bzw. 3,2 % arbeitslos (x149/60).

01.01.1930

Wenn die Sonne der Kultur niedrig steht, werfen selbst Zwerge lange Schatten.

Karl Kraus (1874-1936, österreichischer Journalist und Schriftsteller)

Deutsches Reich: Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag wird am 1. Januar 1930 von 3 % auf 3,5 % erhöht.

07.01.1930

Deutsches Reich: Carl von Ossietzky berichtet am 7. Januar 1930 in der "Weltbühne" (x034/-439): >>... Hugenberg wird seinen Golem Hitler nicht zu selbständig werden lassen; wenn er ihn nicht mehr braucht, wird er ihm einfach die Bezüge sperren, und die nationalsozialistische Bewegung wird ebenso mysteriös verschwinden wie sie in diesen beiden letzten Jahren mysteriös gewachsen ist.<<

14.01.1930

Deutsches Reich: Horst Wessel (1907-1930, ab 1926 NSDAP-Mitglied, seit 1929 SA-Sturmführer, Verfasser des Marschliedes "Die Fahne hoch") wird am 14. Januar 1930 bei einem Überfall in seiner Wohnung in Berlin niedergeschossen (vermutlich eine private Auseinandersetzung mit einem Zuhälter).

16.01.1930

Deutsches Reich: Der preußische Innenminister Albert Grzesinski ordnet am 16. Januar 1930 ein generelles Umzugs- und Versammlungsverbot unter freiem Himmel an, um die gewaltsamen Ausschreitungen der radikalen Parteien zu beenden.

23.01.1930

Deutsches Reich: Der NSDAP-Politiker Wilhelm Frick (1877-1946, Jurist, seit 1924 Mitglied des Reichstages) wird am 23. Januar 1930 Minister für Inneres und Volksbildung in Thüringen. Frick ist damit der erste nationalsozialistische Minister einer deutschen Landesregierung.

02.02.1930

Deutsches Reich: Adolf Hitler schreibt am 2. Februar 1930 über Wilhelm Fricks Wahl zum thüringischen Innen- und Volksbildungsminister (x034/444): >>Wer diese beiden Ministerien

besetzt und rücksichtslos und beharrlich seine Macht in ihnen ausübt, kann Außerordentliches ... (bewirken) ... Ich war mir darüber klar, daß für diese Stelle ... nur ein durchgekochter Nationalsozialist von ebenso großer Fachkenntnis wie bedingungsloser nationalsozialistischer Gesinnung in Frage kommen kann.<<

23.02.1930

Deutsches Reich: Der SA-Sturmführer Horst Wessel erliegt am 23. Februar 1930 seinen schweren Schußverletzungen. Wessel wird später unter großer NS-Beteiligung in Berlin beigesetzt und danach durch Goebbels Parteipropaganda zum NS-Märtyrer und NS-Helden "aufgebaut bzw. erklärt".

Der Haupttäter des Gewaltverbrechens (ein Angehöriger der KPD) wird im September 1930 wegen Totschlags zu einer 6jährigen Zuchthausstrafe verurteilt.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Horst Wessel (x051/637):
>>Wessel, Horst, geboren in Bielefeld 9.10.1907, gestorben in Berlin 23.2.1930, SA-Mann, Sohn eines evangelischen Pfarrers.

Wessel ging zum Studium nach Berlin, trat dort 1926 der NSDAP bei und übernahm in der kommunistischen Hochburg Friedrichshain den SA-Sturm 5. Seine politischen Aktivitäten erlahmten jedoch, als er sich in eine Prostituierte verliebte und mit ihr eine gemeinsame Wohnung bezog. Dort stöberte sie am 14.1.30 der Zuhälter Ali Höhler mit einigen Rotfrontkämpfern auf und schoß Wessel in den Mund.

Berlins Gauleiter Goebbels machte aus dem Eifersuchtsdrama ein politisches Opfer und berichtete im "Angriff" täglich über Wessels Befinden. Sein Tod machte diesen dann zum "Blutzeugen der Bewegung" und Goebbels verwandelte die Beerdigung in eine politische Demonstration.

Ein Gedicht, das Wessel am 23.9.29 im "Angriff" veröffentlicht hatte, wurde der eingängigen Marsch-Melodie eines Matrosenliedes unterlegt und als Horst-Wessel-Lied nach 1933 zur zweiten deutschen Nationalhymne: "Die Fahne hoch ...!" Nach Wessel wurden zahlreiche Straßen, Schiffe, Veranstaltungen usw. benannt.<<

Die Schülerzahl der Berliner Volksschulklassen wird am 23. Februar 1930 von 34 auf 36 Schüler pro Klasse erhöht, so daß man in Berlin 387 Volksschullehrer einsparen kann.

Februar 1930

Rumänien: König Carol II. (1893-1953) kehrt nach Rumänien zurück und übernimmt ab Februar 1930 die Führung Rumäniens ("persönliches Regiment").

Carol II. schaltet danach Ministerpräsident Maniu aus und bekämpft vor allem antisemitische, rechtsradikale Gruppen (wie z.B. die "Legion Erzengel Michael").

02.03.1930

Deutsches Reich: Die NS-Zeitung "Völkischer Beobachter" berichtet am 2. März 1930 (x034/448): >>Nur Adolf Hitler kann ein starkes Deutschland schaffen. ...<<

Die "Deutsche Bergwerkszeitung" veröffentlicht am 2. März 1930 die "Zehn Gebote für Kraftfahrer" (x034/449): >>... 10. Gebot: Meide während des Fahrens den Alkohol.<<

12.03.1930

Deutsches Reich: Der Reichstag stimmt mit 270 gegen 192 Stimmen am 12. März 1930 für die Annahme des Young-Plans.

Die NS-Zeitung "Völkischer Beobachter" berichtet am 12. März 1930 über die Annahme des Young-Plans (x034/450): >>... Wir erklären als Spitzenorganisation des kommenden Reiches, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bis mit den Novembervbrechern auch die Verbrecher vom 12. März 1930 von einem deutschen Staatsgerichtshof abgeurteilt werden.<<

13.03.1930

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg erklärt am 13. März 1930 vor der Unterzeichnung des Young-Plans im Reichstag (x034/450): >>Wir müssen uns trotz und wegen der Not

der Zeit auf uns selbst besinnen und wieder eins werden in dem Gedanken: Deutschland über alles.<<

Generalmajor a.D. von Thaer-Sibyllenort informiert General Kurt von Schleicher am 13. März 1930 über die Lage der ostdeutschen Landwirtschaft (x034/451): >>... Für Ostelbien ist es drei Minuten vor 24 Uhr. Wir sehen sonst den Untergang 700jähriger deutscher Ostpolitik.<<

21.03.1930

Deutsches Reich: Die NS-Jugendzeitschrift "Die Kommenden" schreibt am 21. März 1930 über die Anerkennung des Young-Plans (x034/453): >>Der Würfel ist gefallen und das Tisch-tuch zwischen Herrn von Hindenburg und der deutschen Jugend ist endgültig zerschnitten. ...<<

27.03.1930

Deutsches Reich: Obgleich die deutsche Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung fast zahlungsunfähig ist, weigern sich die Sozialdemokraten (aus Rücksicht auf die Einsprüche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), die Sozialleistungen zu kürzen bzw. die Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 3,75 % zu erhöhen (x034/454).

Die letzte SPD-Regierung (unter Führung des Reichskanzlers Hermann Müller, 1876-1931) tritt daraufhin am 27. März 1930 trotz ausreichender Mehrheit wegen dieser ungelösten Finanzierungsprobleme zurück. Der völlig unnötige Rücktritt des Reichskabinetts Hermann Müller beschleunigt nachweislich den Untergang der Weimarer Republik.

Nach dem Rücktritt der letzten SPD-Regierung folgen nur noch Präsidialkabinette, die aufgrund fehlender Reichstagsmehrheit mit Hilfe von Notverordnungen regieren. Diese machtlosen Minderheitsregierungen schwächen die Autorität der demokratischen Reichsregierung entscheidend und erleichtern letzten Endes Hitlers "Machtübernahme" (x051/393).

Ein sozialdemokratischer Journalist schreibt später über den Zusammenbruch der letzten "Großen Koalition" (x243/36): >>... In der Feuerlinie standen nicht (die Gewerkschaften), sondern die Partei (SPD). ... Es wäre ihre Aufgabe gewesen, zwischen den nur gewerkschaftlichen und den allgemeinen politischen Gesichtspunkten den notwendigen Ausgleich zu schaffen. ...

Die Partei war dazu aber nicht imstande, denn eine Minderheit bekämpfte die Koalitionspolitik Hermann Müllers heftig und wünschte ihr baldiges Ende. Die Parteiführung sah sich, zwischen dem linken Parteiflügel und den Gewerkschaften eingeklemmt, jeder Bewegungsfreiheit beraubt. Ein Eingehen auf den Kompromiß hätte den Ausbruch eines offenen Konfliktes zur Folge gehabt, in dem Wissell (SPD-Arbeitsminister) gegen seine drei (SPD) Ministerkollegen, Gewerkschaften und Parteilinke vereint gegen die Parteirechte gestanden hätten.

Ein solcher Konflikt konnte nicht riskiert werden, (da) die Partei von Feinden rings umgeben war, denn die bürgerliche Mitte ging immer weiter nach rechts, im Rücken der Partei aber standen die Kommunisten. ...

Die entscheidenden Verhandlungen in der sozialdemokratischen Fraktion verliefen in nervöser Stimmung. ... Der Redner der Gewerkschaften erklärte, ... daß ein Kompromiß über die Arbeitslosenversicherung völlig unannehmbar sei.

Sollte die Fraktion zu einer anderen Auffassung kommen, so würden die Gewerkschaften ... ihren abweichenden Standpunkt im Reichstag, in der Presse und in der Partei nachdrücklich geltend machen. Man beschloß fast einstimmig, den Kompromiß abzulehnen.

Gleich darauf trat das Kabinett zusammen. Der Reichskanzler vertrat den Standpunkt, daß das Kabinett nun, nachdem die Einigung der Parteien gescheitert war, mit seiner ursprünglichen Vorlage vor den Reichstag treten müsse.

Der Vorschlag stieß auf Widerspruch. ... Der volksparteiliche Reichsfinanzminister ... (erklärte), sollte das Kabinett beschließen, sie dennoch in den Reichstag einzubringen, müsse das seinen Rücktritt zur Folge haben.

Danach hielten auch die Zentrumsminister die Voraussetzungen für ihr Bleiben nicht mehr für gegeben, man beschloß die Gesamtdemission des Kabinetts. ...<<

28.03.1930

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg beauftragt Heinrich Brüning (1885-1970, seit 1924 Reichstagsabgeordneter des Zentrums) am 28. März 1930 mit der Bildung eines neuen Kabinetts.

Der Vorstand der SPD veröffentlicht am 28. März 1930 folgende Erklärung (x149/66): >>Die Reichsregierung Hermann Müller ist am 27. März 1930 zurückgetreten. Der Kampf um die Arbeitslosenversicherung, seit Jahren das Ziel der Angriffe der gesamten Reaktion hat zur offenen Krise geführt.

Sicherung der Unterstützung für die Riesenarmee unverschuldet arbeitslos Gewordener ist und bleibt das Ziel der Sozialdemokratie. Abbau der Leistungen ist das Ziel der Deutschen Volkspartei. Dieser Grundsatz führte zum Bruch. ...<<

Ein Aufruf der SPD "an das werktätige Volk" lautet damals (x034/454): >>Wir gehen ungewissen Zeiten entgegen. Schwerste Konflikte drohen. ...<<

30.03.1930

Deutsches Reich: Heinrich Brüning wird am 30. März 1930 zum Reichskanzler ernannt. Da die "Brüning-Regierung" (Kabinett der bürgerlichen Mitte, ohne Fraktionsbindung) über keine Reichstagsmehrheit verfügt, regiert man mit Hilfe von Notverordnungen (wie z.B. Artikel 48 der Verfassung, Sonderrecht des Reichspräsidenten).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Artikel 48" (x051/40): >>Artikel 48 der Weimarer Verfassung, Bestimmung, nach der der Reichspräsident wesentliche Grundrechte, z.B. Versammlungs-, Meinungs- oder persönliche Freiheit, vorübergehend außer Kraft setzen konnte.

Notmaßnahmen aufgrund des auch "Diktaturparagraph" genannten Artikels 48 mußten auf mehrheitlichen Beschluß des Reichstages hin wieder aufgehoben werden. Das aber entschärfte den Artikel 48 nur unwesentlich, da der Reichspräsident wiederum nach Artikel 25 den Reichstag auflösen und so durch Notverordnungen zunächst weiter regieren lassen konnte.

Der Artikel 48 war seit 1930 nach Verlust koalitionsfähiger Mehrheiten Grundlage der Präsidialkabinette, die die Rechte des Reichstages aushöhlten und den Sturz der Republik einleiteten. Er stand auch hinter der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33, dem ersten Schritt zur Diktatur Hitlers.<<

01.04.1930

Deutsches Reich: Reichskanzler Heinrich Brüning erklärt während seiner Regierungserklärung am 1. April 1930 (x149/67): >>Das neue Reichskabinett ist entsprechend dem mir vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag an keine Koalition gebunden. ...

Das Kabinett ist gebildet mit dem Zweck, die nach allgemeiner Auffassung für das Reich lebensnotwendigen Aufgaben in kürzester Frist zu lösen. Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstage durchzuführen. (Zwischenrufe der Kommunisten: Hört! Hört!)

...

Die Reichsregierung fühlt sich stark genug, mit den Mitteln, welche das Grundgesetz unserer staatlichen Ordnung, die Weimarer Verfassung, der deutschen Republik zur Verfügung stellt, allen gefährvollen Bedrohungen entgegenzuwirken. (Lebhafte Zurufe aus der Mitte: Bravo! – Zwischenrufe der Kommunisten: Artikel 48!). ...<<

Franz Seldte (1882-1947, Führer des Stahlhelms) erklärt am 1. April 1930 während einer Bismarckfeier in Halle (x034/455): >>Ein Kampf auf Leben und Tod entbrennt zwischen Nationalsozialismus und Marxismus. ... Die Republik ist uns absolute Nebensache. Unser Begriff heißt: Deutsches Reich und deutscher Staat, denn wir empfinden diesen Staat als den unseren.<<

Am 1. April 1930 steht das Deutsche Reich mit 3,2 Millionen Rundfunkteilnehmern in Europa an der ersten Stelle vor Großbritannien.

02.04.1930

Deutsches Reich: Der SPD-Politiker Rudolf Breitscheid (1874-1944, seit 1920 Mitglied des Reichstages) warnt am 2. April 1930 nach der Regierungserklärung des neuen Reichskanzlers Brüning (x034/456): >>Sie sitzen jetzt zusammen mit Leuten, für die der Artikel 48 nur ein Anfang der Diktatur ist. ... Ich beschwöre Sie, gehen Sie den Weg dieser Leute nicht.<<

4. April 1930

04.04.1930

Deutsches Reich: Josef Goebbels zeigt sich am 4. April 1930 während einer Rede im Berliner Sportpalast bereits siegesgewiß (x034/456): >>... Zum letzten Mal wird bald Alarm geblasen, zum Kampfe stehen wir alle bereit, bald flattern Hitlerfahnen über Barrikaden, die Knechtschaft dauert nur noch kurze Zeit.<<

15.04.1930

Deutsches Reich: Am 15. April 1930 sind im Deutschen Reich 2.937.000 Menschen arbeitslos. Die Unterstützung für Arbeitslose beträgt im Durchschnitt 81 RM pro Monat.

Die Biersteuer wird um 46 % erhöht.

16.04.1930

Deutsches Reich: Der Sozialdemokrat Julius Leber kritisiert am 16. April 1930 den voreiligen Rücktritt der letzten SPD-Regierung (x245/279-280): >>Die politischen Ereignisse der letzten vier Wochen bedeuten einen ausgesprochenen Rückschritt für die Demokratie und eine Gefahr für die Arbeiterklasse.

Daraus ist die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Mitwirkung in der Regierung keine Frage zum Ausknobeln ist, sondern vom Gang der Dinge bestimmt wird.

Der letzte Wahlsieg legte uns die Pflicht zur Regierungsteilnahme im Interesse unserer Wähler auf. Wer regiert, haben die Wähler zu entscheiden. Hermann Müller hätte vor Räumung seines Platzes an das Volk appellieren müssen.

Lernen wir aus den Vorkommnissen und fordern wir nicht jedesmal, wenn etwas scheinbar in Gefahr ist, den Austritt unserer Genossen.

Die Rechnung wird uns jetzt präsentiert. Wir müssen in Zukunft viel konsequenter wissen, was die Macht im Reich und in der Republik bedeutet, und mehr Rücksicht nehmen auf die Festigkeit der Demokratie. Das Volk darf nicht nur Krisen sehen, es muß auch Vertrauen zur Regierung haben. ...<<

18.04.1930

Deutsches Reich: In der Düsseldorfer Zeitung "Der Mittag" berichten am 18. April 1930 bekannte Persönlichkeiten (x034/459): >>(Reichsfinanzminister Moldenhauer:) Es gilt, den Pessimismus, der breite Schichten der Bevölkerung ergriffen hat, zu überwinden und das deutsche Volk mit neuem Glauben an seinen Wiederaufstieg zu erfüllen.

(Geheimrat Prof. Dr. Adolf von Harnack, Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft:) Die Gebildeten im Lande und insbesondere die Wissenschaft bemühen sich täglich um neue Impulse. Aber vielleicht entscheidender noch ist der Rhythmus, in dem die Masse der Nation fortschreitet.

(Der Autor Jakob Wassermann:) Die rücksichtslose Unterordnung des einzelnen unter Schranken, die einer Gemeinschaft gesetzt sind, die persönliche Nivellierung, mag in ihren letzten Konsequenzen vielleicht in Rußland möglich sein. Für den deutschen Menschen, den diese Zeit heranbildet, ist sie unerträglich. ...<<

30.04.1930

Deutsches Reich: Reichskanzler Heinrich Brüning sagt am 30. April 1930 vor dem Reichstag (x243/37): >>... (Ich habe gesagt,) daß von dem Mittel des Artikels 48 erst dann und nur dann

Gebrauch gemacht werden wird, wenn die Regierung keine Hoffnung mehr hat, daß das Parlament und die Parteien ihre Mission selbst erfüllen. ...

Ob der Artikel 48 überhaupt zur Anwendung gelangen muß, daß ist eine Entscheidung, die dieses Hohe Haus in kurzer Zeit selbst zu treffen haben wird. ...<<

02.05.1930

Deutsches Reich: Hitler erklärt am 2. Mai 1930 im Berliner Sportpalast (x034/460): >>... Das alte Deutschland ist verkalkt und abgeschlossen. Wir bauen hart und rücksichtslos den neuen Staat auf. Wir tun, was wir wollen, wir haben den Mut, jeder Gewalt die Stirne zu bieten. ...<<

12.05.1930

Italien: Die Zeitung "Corriere della Sera" berichtet am 12. Mai 1930 über Mussolinis Besuch einer Kapelle in Lucca (x149/30): >>... Für den Duce ist ein Kniekissen vorbereitet, auf dem er für einige Minuten in stiller Andacht niederkniet. ...

Monsignore Banducci ... hat im Namen des Klerus von Lucca die besten Wünsche an die Regierung überbracht, die der Duce mit bewundernswerter Entschlossenheit im Interesse unseres geliebten Vaterlandes leitet, das er vom Ungeheuer des Kommunismus befreit hat.<<

17.05.1930

Frankreich: Der französische Außenminister Aristide Briand sendet am 17. Mai 1930 ein Memorandum an die übrigen 26 europäischen Mitgliedstaaten des Völkerbundes. In dieser Denkschrift fordert Briand die Einigung Europas (einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, gegenseitige Unterstützung in Krisenzeiten, zwischenstaatliche Regelungen etc.). Viele europäische Staaten lehnen eine europäische Union jedoch ab, weil sie befürchten, auf nationale Interessen verzichten zu müssen (x175/267).

Mai 1930

Polen: Im Mai 1930 läßt Pilsudski 88 führende Sejmabgeordnete (darunter sind z.B. der Sozialist Libermann, Witos, der Mitbegründer der polnischen Bauernbewegung, und der Nationalist Korfanty) verhaften und internieren. Das polnische Parlament und alle Parteien sind danach bis zum Tod Pilsudskis (12.05.1935) bedeutungslos. Die radikalen polnischen Faschisten bzw. Nationalisten regieren jedoch nicht derartig totalitär, wie die späteren NS-Führer des Dritten Reiches. Einige unabhängige Parteien, Zeitungen und allgemeine Grundsätze der persönlichen Freizügigkeit bleiben weiterhin erhalten und werden nicht angetastet.

02.06.1930

Deutsches Reich: Der deutsche Publizist Hellmut von Gerlach (1866-1935, Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft und der "Liga für Menschenrechte", emigriert 1933 nach Frankreich) schreibt am 2. Juni 1930 über die Folgen der Arbeitslosigkeit (x034/466): >>Das wachsende Mißvergnügen über die Fortdauer der Wirtschaftskrise füllt die Reihen der extremen Parteien, insbesondere der kommunistischen auf der Linken und der Rassisten auf der Rechten. ...<<

05.06.1930

Deutsches Reich: Die Reichsregierung erhöht am 5. Juni 1930 die Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 3,5 % auf 4,5% erhöht.

26.06.1930

Deutsches Reich: Im Rahmen der Verordnung zur "Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände" beschließt die Reichsregierung am 26. Juni 1930 einen Einkommenssteuer-Zuschlag für Ledige von 5 % bis 10 %.

30.06.1930

Deutsches Reich: Als die französischen Besatzungstruppen am 30. Juni/1. Juli 1930 endgültig das Rheinland räumen (5 Jahre vor dem vereinbarten Termin), findet im Reichstag eine Gedenkfeier statt.

Reichspräsident Hindenburg bezeichnet den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Rheinland

zwar als "Tag der Befreiung", aber die unübersehbaren Folgen der großen Wirtschaftskrise bestimmen weiterhin das Leben der ratlosen Deutschen.

Am 30. Juni 1930 sind im Deutschen Reich 2.636.000 Menschen arbeitslos.

Hitler beauftragt am 30. Juni 1930 den Gauleiter Joseph Goebbels, die NSDAP in Berlin-Brandenburg rücksichtslos zu säubern (x034/472): >>Die Nationalsozialistische Partei wird, solange ich sie führe, kein Debattierklub wurzelloser Literaten oder chaotischer Salon-Bolschewisten werden, sondern sie wird bleiben, was sie heute ist, eine Organisation der Disziplin, die nicht für doktrinäre Narreteien politischer Wandervögel geschaffen wurde, sondern zum Kampf für eine Zukunft Deutschlands, in der die Klassenbegriffe zerbrochen sein werden und ein neues deutsches Volk sich selbst sein Schicksal bestimmt!

Ich habe Sie, lieber Herr Doktor Goebbels, vor Jahren auf den schwersten Platz des Reiches gestellt. ... Ich muß Sie nun heute bitten, in Verfolgung dieser einst gestellten Aufgabe die rücksichtslose Säuberung der Partei von allen jenen Elementen in Berlin durchzuführen.<<

03.07.1930

Deutsches Reich: Die preußische Regierung verbietet am 3. Juli 1930 allen Beamten die Mitgliedschaft in radikalen Parteien.

Nach den rücksichtslosen Säuberungsmaßnahmen, die Gauleiter Goebbels in der NSDAP durchführen läßt, kritisiert Otto Strasser am 3. Juli 1930 die "Nationalsozialisten der Bürgerlichen" (x034/473): >>... Ihr Parteiapparat ist korrupt, die Führer und Unterführer, abhängig vom Gottübersten, der mit seinem bürgerlichen Namen Adolf Hitler heißt, neigen sich in elendem, kriecherischem Byzantinismus.<<

04.07.1930

Deutsches Reich: Otto Strasser (1897-1974) trennt sich am 4. Juli 1930 von der NSDAP und gründet danach die Kampfgemeinschaft "Schwarze Front".

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Otto Strasser (x051/565): >>Strasser, Otto, geboren in Windsheim (Mittelfranken) 10.9.1897, gestorben in München 27.8.1974, deutscher Politiker; Kriegsfreiwilliger, Studium der Volkswirtschaft, 1920 vorübergehend SPD-Mitglied, 1921-23 Hilfsreferent im Reichsernährungsministerium.

Strasser begann schon 1924 für die NSDAP durch Beiträge im "Völkischen Beobachter" zu wirken, bevor er sich 1925 der Partei anschloß. Für seinen Bruder Gregor führte er ab 1.3.26 den Kampf-Verlag in Berlin und arbeitete im Sinne einer "sozialistischen" Ausrichtung der NSDAP.

Wie Gregor forderte er die Sozialisierung der Schwerindustrie und warnte vor dem faschistischen italienischen Modell, dessen sozialer Frieden Kirchhofsruhe auf Kosten der Arbeiter sei. Seine prosovjetiche und antiwestliche außenpolitische Linie verschärfte den Konflikt mit Hitler weiter, den auch ein Gespräch am 21./22.5.30 nicht entschärfen konnte.

Strasser verließ am 4.7.30 die Partei, gründete eine "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" und schloß sie mit anderen Gruppen (Nationalbolschewisten, enttäuschte Kommunisten u.a.) zur "Schwarzen Front" zusammen.

Nach der Machtergreifung emigrierte Strasser und setzte den publizistischen Kampf gegen Hitler von Österreich, der Schweiz (1938) und Portugal (1940) fort. 1943 fand er in Kanada Aufnahme und kehrte 1955 nach Deutschland zurück.

Seine Publikationen (u.a. "Hitler und ich", englisch 1940, deutsch 1948; "Exil", 1958) und seine politischen Initiativen (u.a. Gründung der bedeutungslosen Deutsch-sozialen Union, 1956) zeigten, daß Strasser an den früh-nationalsozialistischen und antisemitischen Ideen festhielt.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Schwarze Front" (x051/527): >>Schwarze Front, Eigenbezeichnung eines Zusammenschlusses der "Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten", die O. Strasser nach seinem Austritt aus der

NSDAP (4.7.30) gegründet hatte, und ähnlich gesinnten Gruppierungen (Nationalbolschewisten, enttäuschte Kommunisten u.a.).

Die Schwarze Front vertrat in ihrer gleichnamigen Zeitschrift einen nationalrevolutionären "Solidarismus", wie ihn auch die Wortführer der Zweiten Revolution propagierten, und war v.a. 1931-33 aktiv. Nach Strassers Emigration 1933 agitierte die zerfallende Gruppe vom Ausland aus immerhin so engagiert gegen das Dritte Reich, daß Himmler ihr noch 1939 das Bürgerbräu-Attentat zutraute.<<

09.07.1930

Deutsches Reich: Im Waldenburger Steinkohlenrevier in Schlesien sterben am 9. Juli 1930 151 Bergleute nach einem schweren Kohlendioxid-Ausbruch.

10.07.1930

Deutsches Reich: Alfred Hugenberg erklärt am 10. Juli 1930 vor der DNVP-Reichstagsfraktion (x034/474): >>Es ist auch völlig unpolitisch, mir immer wieder das Bündnis mit den Nationalsozialisten vorzuwerfen. Wer nicht einsieht, daß dieses sogenannte Bündnis zu einer für Deutschlands Zukunft außerordentlich wichtigen Bindung der Nationalsozialisten an positive Ideen führen mußte und geführt hat, dem fehlt das politische Denken.<<

15.07.1930

Deutsches Reich: Reichskanzler Heinrich Brüning (1885-1970) beschwört bei der Reichstagsdebatte vom 15. Juli 1930 die Abgeordneten (x034/474): >>... Demokratie und Parlament werden mehr gesichert durch den Mut zur Verantwortung, auch in unpopulären Maßnahmen, als durch Gesetze.<<

Reichskanzler Brüning legt danach am 15. Juli 1930 folgende Vorschläge zur Haushaltssanierung vor, um den Fehlbetrag des Reichshaushalts von über 700 Millionen Reichsmark zu decken (x243/37): >>... 1. Reichshilfe für Personen des öffentlichen Dienstes von 2 ½ % für die Bezüge.

2. Zuschlag zur Einkommensteuer von 5 % für alle Einkommen über 8.000 RM.

3. Ledigensteuer von 10 %.

4. Abstriche am Haushalt. ...

6. Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3 ½ auf 4 ½ %.

7. Ersparnisse bei der Arbeitslosenversicherung. ... Vorschlag an die Gemeinden, ... neue Steuern einzuführen, ... Getränkesteuer ... und Bürgersteuer, sog. Kopfsteuer. ...<<

16.07.1930

Deutsches Reich: Der Reichstag lehnt am 16. Juli 1930 die Regierungsvorschläge zur Haushaltssanierung ab. Die Regierung beschließt daraufhin, die abgelehnte Deckungsvorlage bzw. Reichshilfe durch eine Notverordnung gemäß § 48 in Kraft zu setzen.

18.07.1930

Deutsches Reich: Als der Reichstag einem Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 16.07.1930 mit 236:221 Stimmen zustimmt, kündigt Reichskanzler Brüning am 18. Juli 1930 völlig überraschend die Auflösung des Reichstages an. Obwohl die deutsche Reichsregierung über eine arbeitsfähige bürgerliche Mehrheit verfügt (die Parteien der bürgerlichen großen Koalition, von den Sozialdemokraten bis zur deutschen Volkspartei, besitzen 100 Sitze mehr als die radikalen Oppositionsparteien), muß die Reichstagswahl (1932) vorgezogen werden (x063/562).

Brüning unterstützt mit dieser katastrophalen Fehlentscheidung nachweislich Hitlers Aufstieg ("politischer Erdbeben"), denn angesichts der dramatischen Wirtschaftslage und der drastischen Sparmaßnahmen (Sanierungsprogramme statt Schuldenpolitik) erhalten NSDAP und KPD zwangsläufig erhebliche Stimmenanteile der Protestwähler.

Hitlers Aufstieg während der Weltwirtschaftskrise

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise geriet die deutsche Wirtschaft in größte Schwierigkeiten.

Fast alle kurz- und mittelfristigen Auslandskredite (ca. 4 Milliarden) wurden gekündigt und sofort zurückgefordert. Die große Deutsche Depression verursachte in wenigen Monaten Tausende von Firmenpleiten, leitete einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit ein und begünstigte die politische Radikalisierung innerhalb des Deutschen Reiches.

Von April 1930 bis Dezember 1930 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 2,9 Millionen auf 4,0 Millionen. Die hohe Arbeitslosigkeit, der wirtschaftliche Abstieg und das soziale Elend förderten eine gefährliche Radikalisierung der Arbeiterschaft und sogenannten "bürgerlichen Mittelschicht". Die bisher völlig unbedeutenden antidemokratischen und radikalen Parteien des Deutschen Reiches erhielten durch die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise erstmalig eine Chance, Wahlerfolge zu erzielen.

Infolge der Auflösung des Reichstages vom 18. Juli 1930 und den vorgezogenen Reichstagswahlen war Hitlers Zeit endlich gekommen. Der skrupellose Volksverführer nutzte die "Gunst der Stunde" gewissenlos aus. Die NSDAP war damals äußerst gut vorbereitet und setzte in erster Linie einfache "volkstümliche" Propaganda-Methoden ein, um die hoffnungslosen Volksmassen zu gewinnen.

Nach den verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise fielen Hitlers Versprechungen (Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die sogenannten "Novemberverschönerer" und die Kommunisten sowie die Beseitigung des "Versailler Schanddiktats") natürlich auf "fruchtbaren Boden". Einen wesentlichen Bestandteil der NS-Propaganda bildete außerdem der radikale Antisemitismus. Für Hitler gab es keine Zweifel, daß vor allem das Judentum maßgeblich für die Weltwirtschaftskrise verantwortlich war.

Hitlers "einfache" Propaganda-Methoden verfehlten ihre Wirkung nicht. Hitler versprach den Arbeitslosen Arbeit und Brot, den Bauern Erlass der großen Schuldenlast, den Beamten höhere Gehälter, den Handwerks- und Industriebetrieben große Staatsaufträge und den Soldaten Ansehen und Ehre.

Die jüngeren Leute, Langzeitarbeitslose, aber auch konservative und bürgerliche Kreise (stellungslose Angestellte und Akademiker) wurden zur leichten Beute des NS-Radikalismus. Immer mehr verzweifelte Arbeitslose setzten ihre Hoffnung auf den vermeintlich "starken Führer" und schlossen sich der NSDAP an. Die meisten Deutschen wußten zwar, daß die Nationalsozialisten radikal waren, aber man hielt sie fälschlicherweise vor allem für patriotische und religiöse Nationalisten.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schreibt später über den Niedergang der Weimarer Republik (x063/560-561): >>Während die Staatsmänner der Republik verwalteten, aber nicht herrschten, gingen die Rechten wie die Linken zielbewußt auf die ganze Herrschaft aus, um den Staat zu einem Werkzeug ihres eigenen Machtstrebens zu machen.

Wenn eine Staatsgesellschaft zu zerfallen droht, dann treibt die Furcht vor der Anarchie das Gemeinwesen dahin, wo die Ordnung, und sei es auch nur im formalen Sinne gewährleistet erscheint - selbst dann, wenn der Preis der Verlust der Freiheit ist. Versagt die politische Leitung, so gewinnen in solchen Zeiten die Führer des Heeres Einfluß.

Ihr Hervortreten zeigt an, daß der Staat abgedankt hat. Während der zivile Eingriff die Gesundung des Staates bewirken kann, führt die Herrschaft der Gewalt, sei es Militär, Polizei oder eine bewaffnete Partei, unweigerlich zu seiner Zerstörung. Die Flucht in eine solche Freiheit bedeutet, daß mit dem Recht und der Freiheit auch die Ordnung verloren geht. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Hitlers Weg zur Machtübernahme (x192/433): >>... Nach 1928 schien Hitler mit seinem kleinen Anhang kaum mehr zu repräsentieren als eine jener sektiererischen Splitterparteien, die das Weimarer Parteiengefüge zwar belasteten, aber nicht ernsthaft gefährdeten.

Die einschneidende Wende brachte die Weltwirtschaftskrise 1929. Im Jahr darauf waren nicht weniger als 40 Prozent aller deutschen Arbeitnehmer ohne Arbeit, und Hitlers Schlagwort-

Programm fand nun breite Unterstützung. Sein Versprechen, Deutschland von den Fesseln des Versailler Friedensvertrages zu befreien, appellierte an den Nationalstolz.

Die "linken" Thesen des Parteiprogramms sollten die Arbeiterschaft beeindrucken (Brechung der "Zinsknechtschaft", Verstaatlichung der Großunternehmen, der extreme Nationalismus das Bürgertum und das Militär, und das Zerrbild des Juden als Verkörperung von Kommunismus und Kapitalismus lieferte einen bequemen Sündenbock, dem alle Schuld am wirtschaftlichen und politischen Chaos der Zeit zugeschoben werden konnte.

Der radikale Einbruch erfolgte 1930, als sich die Nazis (wie die Partei allgemein genannt wurde) mit 18,3 Prozent der abgegebenen Stimmen 107 Reichsmandate sichern konnten. Bereits zwei Jahre später, bei den Neuwahlen im Juli 1932, erweiterte sich diese parlamentarische Machtbasis auf 230 Sitze. Nachdem andere rechtsgerichtete Politiker sich nicht hatten durchsetzen können, wurde Adolf Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt. ...<<

20.07.1930

UdSSR: Die sowjetische Zeitung "Prawda" berichtet am 20. Juli 1930, daß das sowjetrussische Kohlsyndikat 560 arbeitslose deutsche Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet im Donez-Becken angeworben hat.

22.07.1930

Deutsches Reich: Während der Feiern anlässlich der Rheinlandbefreiung bricht am 22. Juli 1930 in Koblenz eine Brücke über einen Nebenfluß der Mosel zusammen. 37 Menschen kommen dabei um.

25.07.1930

Deutsches Reich: Hindenburg genehmigt am 25. Juli 1930 eine Notverordnung gegen den Waffenmißbrauch.

Die Zeitung "Der Mittag" berichtet am 25. Juli 1930 (x034/476): >>Die bisherigen Zusammenstöße und Straßenkämpfe zwischen Kommunisten, Nationalsozialisten, Stahlhelmen und Reichsbannerleuten, bei denen es Tote und Verwundete gibt, sind eines geordneten Staatswesens unwürdig. ... Der politische Kampf darf nicht länger mit Knüppeln, Messern und Revolvern geführt werden.<<

Die Reichsregierung und die preußische Regierung gewähren der Mansfelder AG in Eisleben (Kupferbergbau- und Hüttenbetrieb) am 25. Juli 1930 verlorene Kredite, so daß Tausende von Arbeitnehmern ihren Arbeitsplatz vorerst noch behalten.

01.08.1930

Deutsches Reich: Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag wird am 1. August 1930 von 3,5% auf 4,5% erhöht.

Die Bevölkerung der Insel Helgoland feiert am 1. August 1930 die vor 40 Jahren erfolgte Rückgabe durch Großbritannien (im Tausch für Sansibar, Uganda und Wituland).

20.08.1930

Deutsches Reich: Die Zeitung "Der Mittag" berichtet am 20. August 1930 (x034/481): >>... Der Weg Hitlers würde unser Elend unermeßlich vergrößern, würde das erzielen, was selbst Versailles nicht erreichen konnte: Die Vernichtung Deutschlands ...<<

24.08.1930

Deutsches Reich: Die KPD-Zeitung "Rote Fahne" fordert am 24. August 1930 den Sturz der Weimarer Republik (x191/47): >>...Wir werden die Löhne erhöhen, indem wir die Unternehmerprofite ... und Reparationszahlungen abschaffen. Mit bolschewistischer Rücksichtslosigkeit werden wir allen Faulenzern gegenüber das Prinzip durchführen: "Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen. ... Nieder mit der Regierung der Kapitalisten. Nieder mit Faschismus und Sozialdemokratie! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe Sowjetdeutschland!"<<

Die KPD attackiert am 24. August 1930 während des Wahlkampfes für die Reichstagswahlen im September 1930 besonders die NSDAP (x034/481): >>In einer Zeit der Knechtung

Deutschlands durch den Versailler Frieden, der wachsenden Krise, der Arbeitslosigkeit und der Not der Massen versuchen die Faschisten durch zügellose Demagogie und schreiende radikale Phrasen, unter der Flagge des Widerstands gegen die Erfüllungspolitik und den Young-Plan, bedeutende Schichten des Kleinbürgertums, deklassierter Intellektueller, Studenten, Angestellten, Bauern sowie einige Gruppen rückständiger unaufgeklärter Arbeiter für sich zu gewinnen.<<

13.09.1930

Deutsches Reich: Die KPD-Zeitung "Rote Fahne" berichtet am 13. September 1930 über eine KPD-Kundgebung im Berliner Sportpalast (x034/484): >>... Das stürmische Herz des roten Berlin schlägt für die proletarische Revolution, für das kommende Sowjet-Deutschland und seinen Führer Ernst Thälmann.<<

14.09.1930

Deutsches Reich: Infolge der dramatisch steigenden Massenarbeitslosigkeit und der weitverbreiteten Existenzangst erreicht die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bereits 18,3 % und 107 Reichsmandate (KPD: 13,1 % und 77 Abgeordnete).

Reichskanzler Brüning bleibt zwar weiterhin im Amt, aber nach der schweren Wahlniederlage, findet er später oftmals keine Abstimmungsmehrheit.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Wahlerfolge der NSDAP (x051/405-406): >>(Nationalsozialismus) ... Die Wahlerfolge 1930-33 verdankte die NSDAP weniger ihrer Programmatik, die sich inhaltlich nur wenig von der anderer rechtsradikaler Parteien unterschied, sondern, neben der Unterstützung durch die "nationale Rechte" (Harzburger Front), v.a. der Art ihres politischen Kampfes und den Mitteln, die sie dabei einsetzte: ihrer Propaganda und ihrem Terror.

Die nationalsozialistische Propaganda appellierte an die Emotionen, Vorurteile und Ängste der Menschen, die sie nicht als Einzelne, sondern als Masse sah und erfaßte. Sie arbeitete, wie es Hitler schon in "Mein Kampf" gefordert hatte, mit wenigen einprägsamen, gefühlshaltigen Formeln, vereinfachenden Schlagworten und eingängigen Parolen und wiederholte diese ständig; sie manipulierte, statt zu argumentieren und zu informieren.

Dadurch und durch den geschickten Einsatz moderner technischer Mittel und Medien (Farbe, Musik, Fahnen u.a. politische Symbole), durch Massenaufmärsche und -umzüge, die demagogischen Fähigkeiten v.a. Hitlers und Goebbels' und noch mehr durch deren skrupellosen Einsatz sowie den um Hitler und seine Person wirksam entfalteten Führerkult war die Propaganda des Nationalsozialismus der politischen Werbung der anderen Parteien weit überlegen.

Wirksam war die nationalsozialistische Propaganda v.a. beim Bürgertum, insbesondere beim mittelständischen Kleinbürgertum (selbständige Gewerbetreibende, Handwerker, Angestellte, Bauern). Der republikanischen Staatsform von Anfang an ablehnend gegenüberstehend, weiterhin autoritär-obrigkeitsstaatlich, wenn nicht monarchistisch gesonnen, sahen diese Gesellschaftsgruppen durch die Weltwirtschaftskrise die ökonomischen Grundlagen ihrer Existenz gefährdet und sich von sozialem Abstieg bedroht.

Sie waren so allzu gerne bereit, den nationalsozialistischen Parolen von den jüdischen und marxistischen "Novemberverbrechern" (Dolchstoßlegende) und von den unfähigen und "korrupten" demokratischen Parteien und Politikern Glauben zu schenken und ihrem Versprechen vom Wiederaufstieg Deutschlands zu nationaler Größe, von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Überwindung der Wirtschaftskrise.

War es Aufgabe der nationalsozialistischen Propaganda, dem Nationalsozialismus Anhänger zu gewinnen, diesen Siegeszuversicht einzuflößen und sie ständig neu für seine Ziele und gegen das "System" von Weimar zu mobilisieren, so hatte der v.a. von den paramilitärischen Verbänden der NSDAP, insbesondere von der Sturmabteilung (SA), ausgeübte Terror die Funktion, in der Öffentlichkeit Schrecken zu verbreiten, die staatlichen Organe und politi-

schen Gegner einzuschüchtern und ihren Widerstand zu lähmen, zugleich aber auch den eigenen Mitgliedern und Anhängern ein Bild von der Geschlossenheit, Kraft und Willensstärke der nationalsozialistischen Bewegung zu vermitteln.

Zahlreiche blutige, oft bürgerkriegsartige Straßenkämpfe, v.a. zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten und deren bewaffneten Verbänden, prägten so ab 1930 die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland.

Gestützt auf seine massenhafte Wählerschaft, gelang es dem Nationalsozialismus, mit (scheinbar) legalen parlamentarischen Mitteln die staatliche Macht zu erringen: Am 30.1.33 wurde Hitler als Vorsitzender der parlamentarisch stärksten Partei zum Reichskanzler ernannt (Machtergreifung). ...<<

15.09.1930

Deutsches Reich: Der Reichsinnenminister Erich Koch-Weser (1875-1944) schreibt am 15. September 1930 an Reichsaußenminister Julius Curtius (x034/485): >>Der politische Erdbeben, der sich hier ergeben hat, ist gewaltig. Er ist um so erschütternder, als er alle Parteien, die maßvolle politische Entscheidungen haben und Persönlichkeiten und nicht Massen bei sich Führung einräumen, gleichmäßig trifft.<<

Reichskanzler Brüning lehnt am 15. September 1930 jegliche Regierungsbeteiligung der NSDAP ab (x034/486-487): >>... Nein, nie, unter keinen Umständen. Die nationalsozialistische Bewegung ist eine Fieberkurvenerscheinung des deutschen Volkes, die bald wieder verschwinden wird.<<

Die "Frankfurter Zeitung" berichtet am 15. September 1930 über die vorgezogenen Reichstagswahlen (x191/52, x149/67): >>Soweit man bis in die frühen Morgenstunden urteilen kann, haben sich über ein Dutzend Millionen von deutschen Wählern gegen das herrschende parlamentarische System und gegen die Politik ausgesprochen, die bisher durch die Mittel der Demokratie betrieben worden ist.

Über ein Drittel der Abgeordneten kommt für eine Regierungsarbeit überhaupt nicht in Frage – sie sind der Feind jeder parlamentarischen Regierung. Das ist ein schlimmer Zustand. ... Mit einem so gewaltigen Anwachsen der Kommunistischen Partei und vor allem der nationalsozialistischen Stimmen hatte niemand gerechnet, nicht einmal die Nationalsozialisten selbst. ...<<

>>... Erbitterungswahlen also, in denen eine aus vielen Quellen gespeiste Stimmung, durch eine wilde Verhetzung aufgewühlt, sich in radikalen Stimmzetteln entlud. ...

Protest ... gegen die Methoden des Regierens oder Nichtregierens, des entschlußlosen parlamentarischen Parlamentierens der letztvergangenen Jahre. ...

Protest gegen die wirtschaftliche Not, die furchtbar ist, die viele, zum Teil aus ehrlicher Verzweiflung, zum andern bloß aus dem Ärger über diese oder jene Einzelmaßnahme einfach in die Stimmung treibt: die Partei, für die sie bisher gestimmt hatten, habe ihnen nicht geholfen, also versuche man es nun einmal mit einer anderen Tonart.

Hitler verspricht ja Macht, Glanz und Wohlstand. Also!<<<

16.09.1930

Deutsches Reich: Hitler erläutert am 16. September 1930 in München die politische Lage der NSDAP (x034/487): >>... Hundertsieben Mann stehen nun auf legalem Fechtboden. ... Die Nationalsozialisten werden auf diesem Boden jede Möglichkeit kühnsten Willens wahrnehmen, die sie ihrem Ziele näher bringen kann. Nicht um Abgeordnetenmandate kämpfen die Nationalsozialisten, sondern sie erobern Mandate, um das Volk dereinst frei machen zu können.<<

20.09.1930

Deutsches Reich: Der Reichsbanner (ein der Sozialdemokratie nahestehender Kampfbund) beschließt am 20. September 1930 die Gründung einer wehrhaften Schutzformation (Schufo),

die 6 Monate später bereits über 160.000 Mann verfügt.

25.09.1930

Deutsches Reich: Hitler bekennt am 25. September 1930 in einem Hochverratsprozeß gegen 3 Ulmer Reichswehroffiziere vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig, die Machtübernahme legal anzustreben (x034/489): >>... Die nationalsozialistische Bewegung wird von mir geführt, meine Befehle haben Gültigkeit. Über jedem Befehl steht der Grundsatz, daß er nur dann zur Ausführung kommen darf, wenn er nicht gegen das Gesetz verstößt. Ich habe meine ideellen Ziele unter keinen Umständen mit ungesetzlichen Mitteln erstreben wollen.

Ich habe auch niemals jemanden in einem solchen Sinne instruiert. Ich habe in allen Fällen, wenn es zu Übertretungen gekommen ist, augenblicklich durchgegriffen, und ich habe eine ganze Anzahl zum Teil alter, verdienter Parteigenossen aus der Bewegung ausgeschlossen, weil sie solche Anordnungen übertreten haben. ...

Wenn die Bewegung in ihrem legalen Kampfe siegt, wird ein deutscher Staatsgerichtshof kommen und der November von 1918 wird seine Sühne finden, und es werden auch Köpfe rollen. ... Der Begriff 'nationale Revolution' wird immer als innenpolitischer Vorgang aufgefaßt; für die Nationalsozialisten ist er aber eine allgemeine geistige und völkische Erhebung des deutschen Volkes, eine Erhebung des geknechteten Deutschtums. Eine Bewegung, die diese Erhebung repräsentiert, wird aber nicht mit illegalen Mitteln vorbereitet.

Die Propaganda, die wir betreiben, ist eine geistige Revolutionierung des deutschen Volkes, eine geistige Umstellung auf eine neue Weltanschauung; sie ist mindestens so gigantisch wie die Umstellung zum marxistischen Gedanken oder die Umstellung aus dem Feudalstaat zum demokratisch-parlamentarischen Staat. Es kann mir auch nicht eine Sekunde einfallen, daß ein Staat mit einem konsolidierten Heer und einer Polizeitruppe bekämpft werden könnte.

Es wird aber die Zeit kommen, in der man unseren Gedankengang der Nation nicht mehr wird verschweigen können. Ob wir in die Regierung gehen oder ob wir Oppositionspartei bleiben, ist vollkommen gleichgültig. Aus den 107 Mandaten werden 250 gemacht werden, und wir werden die absolute Mehrheit haben.

Die nationalsozialistische Bewegung wird in diesem Staat mit den verfassungsmäßigen Mitteln das Ziel zu erreichen suchen. Die Verfassung schreibt uns nur die Methoden vor, nicht aber das Ziel.

Wir werden auf diesem verfassungsmäßigen Wege die ausschlaggebenden Mehrheiten in den gesetzgebenden Körperschaften zu erlangen versuchen, um in dem Augenblick, wo uns das gelingt, den Staat in die Form zu gießen, die unsern Gedanken entspricht.<<

Großbritannien: Der britische Zeitungverleger Viscount Rothermere schreibt am 25. September 1930 in der Londoner "Daily Mail" über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahl vom 14.09.1930 (x034/488): >>Der glänzende Erfolg der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ... wird heraustreten als der Anfang einer neuen Epoche.<<

30.09.1930

Deutsches Reich: Am 30. September 1930 sind im Deutschen Reich 3.088.000 Menschen arbeitslos (x034/490).

Die Reichsregierung beschließt am 30. September 1930, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag ab 6.10.1930 auf 6,5 % zu erhöhen.

03.10.1930

Deutsches Reich: Die SPD-Reichstagsfraktion weist am 3. Oktober 1930 auf die vielfältige Gefährdung der Verfassung hin (x034/491): >>Die Demokratie ist bedroht von allen sozialreaktionären Kreisen, die die Wirtschaftskrise zum Abbau der Sozialpolitik und zur Senkung der Löhne ausbeuten wollen.

Sie ist bedroht durch die faschistische Bewegung der Nationalsozialisten, die den Opfern der

kapitalistischen Wirtschaftskrise nach der Zertrümmerung der Demokratie die sofortige Heilung aller Leiden und die Lösung aller sozialen Fragen vorgaukeln.

Sie ist bedroht durch die Kommunistische Partei, die selbst in dieser gegenrevolutionären Situation die Arbeiterklasse spaltet und den Kampf gegen Sozialreaktionäre und Faschismus erschwert.<<

Goebbels kündigt am 3. Oktober 1930 ein Volksbegehren an, um die Aufhebung des preußischen Landtages durchzusetzen (x034/491): >>Von Preußen aus ist der Verfall des Reiches unter Grzesinski, Braun und Genossen vor sich gegangen, und von Preußen aus wird das "Dritte Reich" unter Führung von Adolf Hitler und Goebbels emporsteigen. ...<<

06.10.1930

Deutsches Reich: Die "Welt am Montag" berichtet am 6. Oktober 1930 über die vorgezogenen Reichstagswahlen im September 1930 (x245/286-288): >>Dem Ausland waren die Ausmaße des Hitlerischen Wahlsieges natürlich eine noch größere Überraschung als dem Inland, da es auf ein starkes Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen gefaßt gewesen war. Die Welt zerbricht sich den Kopf darüber, worauf die Verneunfachung der Hitlerstimmen zurückzuführen ist. Die verschiedensten Deutungen kommen zum Vorschein.

Die Deutschland besonders wohlgesinnte Presse des Auslandes führt vielfach als Hauptgrund die riesige Arbeitslosigkeit an. "Deutschland hat drei Millionen Arbeitslose, sie haben fast sämtlich nationalsozialistisch gewählt. Ergo." So konnte man wörtlich in Paris und anderswo lesen. ...

Die Hitlerwähler setzen sich aus zwei Kategorien zusammen: einer kleinen Minderheit von Nationalsozialisten, die auf das Hakenkreuz eingeschworen sind, und einer riesigen Mehrheit von Mitläufern.

Keine andere deutsche Partei ist so labil wie die nationalsozialistische, d.h. bei keiner anderen ist das Mißverhältnis zwischen Stammkunden und Laufkunden ebenso groß. Sozialdemokratie, Kommunisten, Zentrum, Demokraten, Volkspartei – überall gibt es Schwankungen, recht erheblich vielleicht.

Aber bei keiner anderen Partei ist es denkbar, daß eine plötzliche Verneunfachung erfolgt, die vielleicht bei der nächsten Wahl von einer Drittelung abgelöst wird.

Die Nationalsozialisten haben ja schon einmal den Wechsel von Hoch auf Tief erlebt. Aus den 32 Abgeordneten von 1924 wurden die 12 von 1928. Wieviel werden aus den 107 von 1930 werden?

Das hängt ganz von den Umständen ab. Scheint der deutschen Wirtschaft wieder einmal die Sonne, so schmelzen die Hitlerwähler wie Schnee dahin. Die 6 ½ Millionen werden ja durch kein inneres Band zusammengehalten. Sie sind zu neun Zehnteln nicht Wähler für, sondern nur Wähler gegen.

Dabei soll nicht verkannt werden, daß Hitler, der ein ausgezeichnete Organisator mit Suggestivkraft ist, über eine ihm blind ergebene Kerntruppe von einigen hunderttausend Mann, meist recht jugendlichen Truppen verfügt. ...

Idealisten mit verwirrtem Kopf und Landsknechte ohne Kopf, insgesamt ein paar hunderttausend Mann, das ist Hitlers Kerntruppe.

Die Millionen der Wähler, die er diesmal mustern konnte, dank der Gunst der Umstände, d.h. dank der Ungunst der Wirtschaftslage, rekrutieren sich aus den verschiedensten Schichten.

Da sind Arbeiter, relativ genommen nicht sehr viele, aber eine Million wird es doch wohl gewesen sein. Es sind Landarbeiter, die sich immer noch vom "gnädigen Herrn" abhängig fühlen und von ostelbischen Granden für Hitler kommandiert wurden. Es sind jene labilen Elemente, die erst bei den Kommunisten hospitiert haben und sich nun den Nationalsozialisten zuwenden, weil diese sich noch radikaler gebärden. Es sind junge Leute, Friseurgehilfen, Chauffeure usw., die sich etwas Besseres dünken als die Masse der gewerkschaftlich organisierten Fa-

brikarbeiter.

Da sind Massen von Angestellten, insbesondere aus den Kreisen der deutschnationalen Handlungsgehilfen, die berühmten oder berüchtigten Stehkragenproletarier. Ihr Interesse müßte sie in eine Einheitsfront mit den Arbeitern führen. Aber ihr "Standesgefühl" ist stärker als ihre soziale Einsicht.

Da ist das Gros der Studenten und sonstigen jungen Akademiker. Bei ihnen fällt die antisemitische Hetzphase auf besonders dankbaren Boden. Der Jude wird eben als unbequemer Konkurrent empfunden. Sie sind fanatisch nationalistisch. Den Krieg kennen sie nicht. Darum begeistern sie sich für ihn. Sie sind besessen von der Mentalität der Leute à la Scheringer und Ludin (Offiziere, die innerhalb der Ulmer Garnison für die NSDAP geworben hatten).

Da sind bedauerlich viele Beamte. Ihre politische Freiheit verdanken sie ausschließlich der Republik. Aber leider hat ihnen die Republik mit der politischen Freiheit nicht auch zugleich das politische Denken geben können, das ihnen in der Kaiserzeit ausgetrieben worden war. Sie sind ein besonders dankbares Objekt für Demagogen.

Da ist vor allem der große Block des sogenannten selbständigen Mittelstandes. Diese Millionen von Handwerkern und Kleinkaufleuten führen seit der nach 1871 einsetzenden großindustriellen Entwicklung einen verzweiferten Kampf um ihre Existenz. Es fehlt ihnen an wirtschaftlicher Einsicht. Darum fallen sie auf jeden Schwätzer herein, der ihnen die Wiederherstellung des "goldenen Bodens" durch Kampf gegen Juden und Warenhäuser, gegen Börse und Gewerbefreiheit verspricht. Einst liefen sie Stoecker und Ahlwardt (Führer einer politischen Splittergruppe) nach. Heute ist Hitler ihr Prophet.

Die Nationalsozialisten rühmen sich, 34.000 Wahlversammlungen abgehalten zu haben. In diesen Versammlungen sprechen sie also: "Wenn wir die Macht bekommen, werden sofort die Youngzahlungen eingestellt. Dadurch erspart das Deutsche Reich 1.700 Millionen Reichsmark jährlich. Diese Ersparnis wird dazu verwendet, um die Steuern herabzusetzen.

Die Gewerbesteuer wird aufgehoben. Rechnet euch selbst aus, was das für jeden einzelnen ausmacht! Wählt ihr nun lieber die Young-Parteien, die den Tribut weiter entrichten wollen, oder uns, die wir das deutsche Volk von seinen Unterdrückern und den Mittelstand von seinen Steuern befreien wollen?"

Das war Honig. Da jauchzten die Mittelständler. Diese armen Seelchen haben ja keine Ahnung von den Zusammenhängen der Weltwirtschaft und von den Grundlagen der Weltpolitik. Ihnen ging das nationalsozialistische Hexen-Einmalseins glatt auf. Ein Rechenexempel in der Klippschule (früher abwertender Begriff für Sonderschule).

Das ist das erschütternd Trostlose an dem Wahlergebnis vom 14. September, daß die Welt sehen muß, wieviel Millionen politische Analphabeten es noch in Deutschland gibt.

Die Millionen der Hitlerwähler sind nicht etwa ebenso viel Millionen zum Revanchekrieg entschlossene Teutonen. Sie denken gar nicht daran, ihr Blut riskieren zu wollen. Sie möchten nur ihr Gut wahren, und sie bilden sich ein, die nationalsozialistische Sackgasse sei der Weg in die Steuerfreiheit.

Das ist beruhigend – für das Ausland und höchst beunruhigend für das Inland. Denn wie soll irgendeine Regierung vernünftig Politik machen mit Millionen von Wählern, die noch nicht einmal das politische ABC kapiert haben? ...<<

17.10.1930

Deutsches Reich: Der NSDAP-Politiker Gregor Strasser erklärt am 17. Oktober 1930 im Deutschen Reichstag (x034/494): >>Wir sind nicht in dieses Haus gekommen, um uns am Parlamentarismus zu vergiften. ... Wir sind Parlamentspartei aus Zwang. Dieser Zwang ist die Verfassung. ... Wir sind jetzt für die Verfassung, wir sind für die Demokratie Weimars, wir sind für das Republikenschutzgesetz, solange es uns paßt. ...<<

Thomas Mann attackiert während seiner "Deutschen Ansprache" am 17. Oktober 1930 in Ber-

lin die NSDAP (x034/494): >>... Gespeist von geistigen und pseudogeistigen Zuströmen, vermischt sich die Bewegung (der NSDAP) ... mit der Riesenwelle exzentrischer Barbarei und primitivdemokratischer Jahrmarktroheit ... Fanatismus wird Heilsprinzip, Begeisterung epileptische Ekstase, Politik wird zum Massenopiat des Dritten Reiches oder einer proletarischen Eschatologie, und die Vernunft verhüllt ihr Antlitz. ...<<

18.10.1930

Deutsches Reich: Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner (1887-1980, 1930-33 Mitglied des Reichstages, emigriert 1933 in die Schweiz) läßt sich am 18. Oktober 1930 während seiner ersten Reichstagsrede nicht durch die lärmenden Tumulte der NSDAP beeindrucken (x034/494): >>... Hätte das Münchener Volksgericht am 1.4.1924 (Prozeß wegen Hitlerputsch) seine Pflicht getan, die geltenden Gesetze gegen sie anzuwenden, dann wäre dem Deutschen Reichstag das beschämende Schauspiel (uniformierter Einmarsch der NSDAP vom 13.10.1930) erspart geblieben ...<<

21.10.1930

Deutsches Reich: Bei einer Bergwerksexplosion am 21. Oktober 1930 in Alsdorf bei Aachen kommen 262 Bergleute um.

Carl von Ossietzky schreibt am 21. Oktober 1930 in der linken Wochenschrift "Weltbühne" über Hitlers Aufstieg (x034/495): >>... Es ist etwas kernfaul an diesem Volk, das ein Individuum zum Deputierten wählt, weil es ihm als Mörder empfohlen wird ...<<

25.10.1930

Deutsches Reich: Infolge eines Grubenunglückes auf der saarländischen Schachanlage Maybach bei Saarbrücken sterben am 25. Oktober 1930 schon wieder Bergleute. Während einer schweren Schlagwetterkatastrophe kommen 100 Bergleute ums Leben.

Oktober 1930

USA: Viele nordamerikanische Farmer ernten im Oktober 1930 ihre großen Mais- und Baumwollfelder nicht mehr ab, sondern verbrennen kurzerhand die gesamte Ernte.

Brasilien: Nach den Industriestaaten verelenden die sogenannten "Rohstoffländer", denn die Rohstoffnachfrage sinkt drastisch. In Brasilien werden im Oktober 1930 riesige Kaffeemengen ins Meer geschüttet oder verheizt.

01.11.1930

Deutsches Reich: Aufgrund der schwierigen Lage werden am 1. November 1930 die Diäten der Reichstagsabgeordneten um 20 % gekürzt.

27.11.1930

Polen: Da sich in Oberschlesien ständig polnische Gewalttaten ereignen, protestiert die deutsche Reichsregierung am 27. November 1930 wieder vor dem Völkerbund (x034/502).

11.12.1930

Deutsches Reich: Die deutsche Filmoberprüfstelle verbietet am 11. Dezember 1930 nach Anträgen der Länder Sachsen, Bayern und Württemberg den Antikriegsfilm "Im Westen nichts Neues" wegen "Gefährdung des deutschen Ansehens".

15.12.1930

Deutsches Reich: Am 15. Dezember 1930 sind im Deutschen Reich 3.977.000 Menschen arbeitslos.

Die Zeitung "Der Mittag" berichtet am 15. Dezember 1930 über die Störung einer literarischen Heine-Veranstaltung durch antisemitische NS-Randalierer (x034/505): >>Ist es denn wirklich bei uns so weit gekommen, daß Vorträge über einen Dichter, dessen Lieder wir alle von Jugend auf gesungen haben, durch Überfallkommandos geschützt werden müssen? ...<<

16.12.1930

Deutsches Reich: Carl von Ossietzky schreibt am 16. Dezember 1930 in der "Weltbühne" über die erfolgreiche Hetzkampagne des Nationalsozialismus gegen den Remarque-Film "Im Westen nichts Neues" (x034/505): >>Heute hat er einen Film erlegt, morgen wird's etwas anderes sein.<<

19.12.1930

Polen: Nach polnischen Gewalttaten gegenüber deutschen Minderheiten in Posen und Pommern protestiert die deutsche Reichsregierung am 19. Dezember 1930 wieder vor dem Völkerbund (x034/506).

24.12.1930

Deutsches Reich: Der deutsche Physiker Manfred von Ardenne (1907-1997) präsentiert am 24. Dezember 1930 in Europa erstmalig ein vollelektronisches Fernsehbild; es ist zugleich das erste Bild in der Welt überhaupt, das von einer Braunschen Röhre ausgeht.

1930

Deutsches Reich: Die hohe Arbeitslosigkeit (steigt von 2,9 Millionen im April 1930 auf 4,0 Millionen Arbeitslose im Dezember 1930), der wirtschaftliche Abstieg und das soziale Elend fördern im Jahre 1930 den Radikalismus der Arbeiterschaft und der "bürgerlichen Mittelschicht".

In Deutschland sind 1930 im Jahresdurchschnitt 3.076.000 Personen bzw. 15,7 % arbeitslos (x149/60).

Eine Textilarbeiterin berichtet im Jahre 1930 über ihre Arbeitsbedingungen (x149/58): >>Acht Stunden lang ... stehe ich immerzu fest auf demselben Fleck, vornübergebeugt den Oberkörper, beinahe reglos, nur die Hände machen wie mechanisch immer dieselben Bewegungen, drücken der Ware den Stempel auf, und das Hirn zählt von eins bis zwölf, wieder, immer wieder. ...

Acht Stunden lang Strümpfe stempeln. Unzählige Male, unterbrochen nur von einer einstündigen Mittagspause, während der mir gerade genug Zeit bleibt, um das Mittagessen zu verzehren und dann die vom stundenlangen Stehen fast steif gewordenen Glieder ein wenig lang zu strecken. ...

Kaum auszuhalten wäre wohl manchmal das ewige Einerlei des Alltags, wenn nicht ab und zu doch einige Stunden frei blieben zu geistiger und körperlicher Erholung; und wenn, wenn nicht die Aussicht bestände auf ein Wochenende.

Denn einmal, da bin ich für anderthalb Tage erlöst vom Frondienst fürs Kapital. Der Sonnabendnachmittag ist ja noch häuslicher Arbeit gewidmet, da gibt es in der Wohnung allerlei zu säubern. Aber dann kommt der Sonntag, und der gehört mir, mir ganz allein.<<

Ein Arbeiter berichtet im Jahre 1930 über die Produktionsüberprüfung durch REFA-Mitarbeiter (x149/58): >>Bis auf den tausendsten Teil einer Minute soll der Handgriff immer wieder auf Verbilligungsmöglichkeit geprüft werden.

Und der Kalkulator ist da. ... So viel ich auch seine Anwesenheit aus meinem Gehirn zu radieren suche: Er ist da mit Rechenschieber und Stoppuhr, bestimmt meine Existenz. ... Das Gesicht im rotierenden Schwungrad der Presse starrt unverwandt auf meine Hände. Ich kann das Tempo nicht halten, nieme nur wütender, aber unsicherer geworden.

Der Wochenlohn hängt vom Schwung des Schläges ab. ... Mit kaltem Gesicht schiebt sich der Kalkulator an meinen Arbeitsplatz. ... Wir sehen uns in die Augen und lesen dort: Ich oder du! ...<<

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtet im Jahre 1930 über die "Weltwirtschaftskrise und ihre Ursachen" (x269/281-282): >>Eine Wirtschaftskrise hat die Welt befallen. Zehn bis zwölf Millionen Arbeitslose warten in den Industrieländern auf Beschäftigung. Allenthalben werden die Betriebe eingeschränkt oder geschlossen, die Produktion

stockt, die Räder der Weltwirtschaft wollen sich nicht mehr drehen.

Pessimisten in allen Ländern glauben, daß es sich um einen Wirtschaftszusammenbruch von unabsehbaren Folgen handelt. Aber zu einer so trüben Auffassung liegt kein Grund vor. Weltwirtschaftskrisen ähnlicher Art hat es immer gegeben, seitdem wir eine hochentwickelte, eng miteinander verknüpfte Industrie- und Finanzwirtschaft haben. ...

Infolge der gewaltigen wirtschaftlichen Umschichtung, die der Krieg mit sich brachte, hat sich der Kreislauf der Konjunktur verschoben. Durch die Materialvorräte, die am Ende des Krieges, namentlich in Amerika, noch vorhanden waren, kam es in den ersten Jahren nach dem Kriege in den Siegerländern zu einer schweren Absatzkrise, die Millionen Menschen arbeitslos machte. ...

Seit 1922 aber schienen die Weltwirtschaftskrisen überwunden zu sein. Zwar gab es noch in einigen Ländern hartnäckige wirtschaftliche Depressionen; so in England, das seit Jahren dauernd ein Heer von anderthalb bis zwei Millionen Arbeitslosen unterhalten muß und zeitweise auch in Deutschland, das durch die Inflation und durch die Reparationsbelastung besonderen wirtschaftlichen Bedingungen unterlag und deshalb auch eine andere Konjunkturentwicklung durchmachte als die übrige Welt.

Die hoffnungsfreudigen Amerikaner meinten, daß nunmehr das Ende der Krisen überhaupt gekommen sei. Sie lebten in dem frohen Glauben, daß eine wissenschaftlich genaue Beobachtung der Wirtschaftsvorgänge Krisen und Rückschläge vermeidbar mache. Das Rezept schien sehr einfach zu sein. Man brauchte nur durch die Schaffung neuer Bedürfnisse und durch hohe Löhne den Absatz immer wieder ankurbeln, dann gäbe es keine Überproduktion und keine Stockungen. ...

Während die Statistik auf allen Gebieten des Lebens in Amerika aufs feinste ausgebildet wurde, verzichtete man merkwürdigerweise auf eine Arbeitslosenstatistik. Vorsichtige Beobachter befürchteten schon damals, daß die Amerikaner sich einer Selbsttäuschung hingaben. Aber der Erfolg sprach acht Jahre lang für die amerikanische Auffassung.<<

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun (1872-1955, SPD-Abgeordneter: "Der rote Zar") erläutert im Jahre 1930 die deutsch-polnischen Probleme (x064/132): >>Niemand wird dem polnischen Volk sein Recht auf staatliches Eigenleben bestreiten ... Ich bestreite nicht das Interesse Polens an einem Ausgang zum Meer. Aber wie er dem neuen tschechischen Staat durch Elbe und Hamburg gesichert wurde, könnte er Polen durch Weichsel und Danzig geöffnet werden, ohne das Ostpreußen vom Mutterland losgerissen, Hunderttausende deutscher Volksgenossen ohne Befragung unter fremde Staatshoheit gepreßt ... oder gar aus ihrer Heimat verdrängt würden ...

Gegen dieses Unrecht werden wir immer protestieren, die gewaltsam durchgeführte, willkürliche, ungerechte neue Grenzziehung werden wir niemals als berechtigt anerkennen.<<

Ein Schüler berichtet später über seine Gründe, im Jahre 1930 in die Hitlerjugend einzutreten (x067/101): >>Weder mein Vater noch irgend jemand sonst hat mich gedrängt, in die Hitlerjugend einzutreten. Ich entschloß mich selbständig dazu, einfach weil ich in einer Jugendgruppe sein wollte, in der ich einem nationalen Ideal nachstreben konnte.

Die Hitlerjugend machte Lager, Wanderungen und Heimatabende. Ich war Nummer 9 in der Thalburger Gruppe, als ich 1930 eintrat. Die Jungen stammten aus Familien aller Schichten, wenn auch überwiegend aus denen der Kleinbürger und Arbeiter. Es gab keine sozialen oder Klassenunterschiede, was mir sehr gefiel. Eine direkte oder auffällige politische Schulung gab es erst später – als Hitler an die Macht kam.

Ohne sich eigentlich zu bemühen, neue Mitglieder zu finden, wuchs die HJ in Thalburg (Nordheim in Niedersachsen) rasch. Ich glaube, die meisten anderen Jungen traten aus dem gleichen Grund wie ich ein. Sie suchten eine Möglichkeit, mit anderen Jungen zu solchen aufregenden Betätigungen zusammenzukommen. Außerdem war es eine Krisenzeit, und es gab

überall viele schlechte Einflüsse, denen anständige Jungen entgehen wollten.

Jedenfalls glaube ich nicht, daß die politische Seite der Hauptgrund war, aus dem die Jungen eintraten. Wir machten Aufmärsche und haßten die SPD, aber das war alles ganz allgemein, galt nicht den einzelnen – das alles gehörte dazu. ...<<

CSR: In Prag ereignen sich wiederholt Ausschreitungen gegen Deutsche und Juden (x206/-29).

Im Jahre 1930 leben in der CSR noch 3,232 Millionen Sudetendeutsche (Bevölkerungsanteil = 21,9 %), die trotz tschechoslowakischer Unterdrückungspolitik nicht aufgeben wollen.

UdSSR: Im Jahre 1930 wird in der Sowjetunion die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt (x261/163).

Fast alle reichen Bürger der UdSSR (Kaufleute, Juweliere, Ärzte und andere Personen), bei denen die Kommunisten Gold oder Devisen vermuten, werden 1930/31 inhaftiert und gefoltert, denn der sowjetische "Arbeiter- und Bauernstaat" benötigt unentwegt Geld, um die ehrgeizigen Rüstungspläne zu verwirklichen (x091/26).

Großbritannien: Im Jahre 1930 empfiehlt die britische Zeitung "Manchester Guardian" die Aufnahme der Nazis in die Regierung, da diese als zweitgrößte Partei ein moralisches bzw. verfassungsmäßiges Anrecht hätten (x025/129).

Die britische Zeitung "The Times" hält die Nazis damals ebenfalls für normale, wenn auch etwas rauhe und unerfahrene Politiker, die durch Regierungsverantwortung automatisch zur Mäßigung gebracht würden (x025/129).

USA: Ein amerikanischer Anthropologe stellt im Jahre 1930 fest (x180/42): >>Der Anteil der Menschengruppe mit indianischem Blut unter der Gesamtbevölkerung der USA ist so unbedeutend, daß man auf sie nicht weiter einzugehen braucht. Die indianische Urbevölkerung in den USA ist vergleichsweise rasch verschwunden. ...<<

In den USA sind 1930 im Jahresdurchschnitt 4.340.000 Personen bzw. 8,7 % arbeitslos (x149/60).

Indien: Mahatma Gandhi (1869-1948, eigentlich Mohandas Karamchand, Führer einer gewaltlosen indischen Unabhängigkeitsbewegung, kämpft für die Beseitigung der Gegensätze zwischen Muslimen und Hindus, wird von einem fanatischen Hindu erschossen) zieht im Jahre 1930 mit einer Schar von Anhängern zum Meer, um das britische Salzmonopol zu brechen. An der Küste wird Gandhi mit Tausenden von Anhängern verhaftet und interniert, obwohl die gesamte Aktion gewaltlos verläuft.

Mahatma Gandhi schreibt vor dem Start des "Salzmarsches" an den britischen Vizekönig (x256/55): >>Nichts als organisierte Gewaltlosigkeit kann der organisierten Gewalt der britischen Regierung Einhalt gebieten. ... Mein Ehrgeiz will nichts Geringeres, als das englische Volk durch Gewaltlosigkeit zu bekehren und es das Unrecht einsehen zu lassen, das es Indien angetan hat. ...

Ich weiß, daß es ihnen freisteht, meinen Plan dadurch zu vereiteln, daß sie mich festnehmen lassen. Ich hoffe, daß Zehntausende bereit sind, meine Arbeit an meiner Statt auf disziplinierte Weise fortzusetzen.<<